

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. ...

Die schlagzeilige Konkurrentenliste oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Klein-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

„Moralische Offensive“

Der Prinz Max von Baden kündigt in der „Deutschen Revue“ eine neue deutsche „Offensive“ an. Zum Unterschied von denen, die die Welt sonst vom kaiserlichen Deutschland erfahren hat, dem dieser Prinz als letzter Kanzler diente, soll es eine „moralische“ Offensive sein.

Moralische Offensiven gibt es nicht. Offensiven sind stets gegen die Moral. Es ist bezeichnend für den Prinzen und sein Vorhaben, daß er es unter dieser Parole unternimmt. Nicht der Titel allein ist es, der bewußt an die Welt des Krieges, an das Handwerk der Militärs anknüpft. Es wird davon gesprochen, man müsse „unhaltbare Positionen räumen, um die Plattform zum Angriff zu gewinnen“, und irgendwo ist auch von einem „Generalstab“ die Rede. Der moralische Eroberungszug, der hier unterommen werden soll, ist gewissermaßen militärisch organisiert. Ob eine Ausdrucksweise, die so sehr an jene Offensiven erinnert, die unter Zuhilfenahme von Giftgas, Ferngeschützen und Unterseebooten vor sich gingen, auf Seiten der ehemaligen Feinde dem Unternehmen viel Vertrauen werden wird, bleibe dahingestellt. Uns zeigt bereits eine solche Keucherschreie, daß dieser „Feldherr“ und die ihm helfenden, nicht aus ihrer Haut herauskönnen. Auch der liberalste Prinz trägt im Geiste stets die Uniform, auch pazifistische Bürger vergessen selbst nach einer Revolution nicht ganz, daß sie einmal in einer Stammtafel verzeichnet standen.

Wenn wir uns mit der „moralischen Offensive“ eingehender auseinandersetzen, so ist das übrigens nicht ein Disput mit dem Prinzen Max, sondern mit der durch ihn vertretenen „Heidelberger Vereinigung“, derjenigen Gruppe bürgerlicher Pazifisten, deren Ansichten über die Schuld am Kriege und was mit ihr zusammenhängt, innerhalb der bürgerlichen Gedankenwelt am radikalsten sind, und die im Ausland ein gewisses, wenn auch begrenztes Vertrauen besitzt. Diesem Kreise dient der Prinz Max als Fassade; sein geistiger Führer aber war Max Weber, dessen Geist und menschlicher Lauterkeit auch der schärfste sachliche Gegner über das Grab hinaus aufrichtige Hochachtung bewahren wird.

Die „moralische Offensive“ soll, um in der Sprache ihres Urheberers zu reden, drei Hauptstellungen des „Feindbundes“ stürmen. Einmal soll sie „die Mitschuld der Entente am Ausbruch des Krieges vor die öffentliche Meinung der Welt, insbesondere aber der feindlichen Völker überzeugend hinstellen“. Zum anderen soll sie „die ungeheure Mitschuld der Entente an der Führung des Krieges, an seiner Gesetzlosigkeit und seiner unnötigen Grausamkeit, an der Zerstörung der europäischen Zivilisation deutlich machen“. Zum dritten soll sie „das deutsche Wort wieder zu Ehren bringen“. Sie soll dahin wirken, daß in der Welt Klarheit herrsche über die wirklichen Verhältnisse des deutschen Wirtschaftslebens und seine Leistungsfähigkeit. Denn, meint Prinz Max, eines Tages werde die deutsche Regierung gezwungen sein, der Entente zu erklären, es sei Deutschland nicht länger möglich, die ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Lasten zu tragen. Dieser Augenblick dürfe nicht eintreten, ohne daß im Auslande die öffentliche Meinung davon überzeugt sei, daß wirklich die äußerste Not die Regierung zwingt, weiteren Forderungen aus dem Friedensvertrag ein „Nein!“ entgegenzusetzen.

Zur Erfüllung dieser drei Aufgaben soll nach dem Vorschlage des Prinzen ein privates „Institut für Auswärtige Angelegenheiten“ geschaffen werden, das „in Verbindung mit der Regierung, aber unabhängig von ihr“, arbeiten soll. An der Spitze dieses Instituts sollen Männer stehen wie der ehemalige Minister des Auswärtigen, Simons, Graf Montgelas und Oberst Schwertfeger (der Herausgeber der belgischen Dokumente zur europäischen Politik). Wir glauben nicht, daß gerade diese Männer besonders für die ihnen zugewiesene Aufgabe geeignet sind, ganz besonders gelten diese Zweifel gegenüber dem Grafen Montgelas. Aber abgesehen von der Wahl der Personen scheint uns aus prinzipiellen wie praktischen Gesichtspunkten heraus das ganze Unternehmen aussichtslos und nicht annehmbar. Indem wir ihm in den Hauptfragen die eigene Meinung gegenüberstellen, wird sich die Gegensätzlichkeit zwischen bürgerlich-pazifistischer und sozialistischer Auffassung am klarsten erweisen.

Für das gesamte bürgerliche Deutschland, von der äußersten Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten und weit in deren Kreise hinein bildet das im Vertrag von Versailles unterzeichnete Bekenntnis der „alleinigen Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges“ den Angelpunkt ihres Kampfes gegen den Friedensvertrag und die sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen. Sie glauben, auf diesem Schuldgebäude sei der ganze Vertrag aufgebaut; wäre es möglich, vor aller Welt die Mitschuld der Entente zu erweisen, so sei damit die Möglichkeit gegeben, den Vertrag zu revidieren.

Wir haben eine wesentlich andere Vorstellung vom Vertrag. Wir halten das in ihm ausgesprochene Bekenntnis

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen

Beibehaltung der militärischen Sanktionen

Paris, 13. August.

Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Nachmittags-Sitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter dem Vorbehalt aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt, d. h. eine Milliarde Goldmark bezahlt gemäß dem Ultimatum von London. Nach einer Rede von Ministerpräsident Briand ist beschlossen worden, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Die gestrige Sitzung des Obersten Rates

Paris, 13. August.

In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung des Obersten Rates wurde in erster Linie der Text des Schreibens festgelegt, der von dem Vorsitzenden des Obersten Rates an den Deutschen Botschafter in Paris und an den Polnischen Gesandten übermittelt werden soll, um sie von der Entscheidung des Obersten Rates in Kenntnis zu setzen. In dem Schreiben werden beide Regierungen aufgefordert, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um die Ruhe in Oberschlesien aufrecht zu erhalten. Die Mitteilung soll auch die Aufmerksamkeit auf die Verantwortung lenken, die den beiden Regierungen zufällt, falls Truppen die Grenze überschreiten und Waffen nach Oberschlesien gebracht werden.

An zweiter Stelle beschäftigte sich der Oberste Rat mit der Frage der Aburteilung der Kriegsschuldigen vor dem Reichsgericht in Leipzig. Ein Ausschuss soll die Urteile prüfen und nach gründlichem juristischen Studium dem Obersten Rat Vorschläge machen über die weitere Behandlung der Angelegenheit. Dieser Ausschuss soll sich zusammensetzen aus je zwei Richtern, die die Regierungen der Länder vertreten, die an den Prozessen in Leipzig interessiert sind.

Der Oberste Rat beschäftigte sich alsdann mit der Frage der Kontrollkommissionen in Deutschland. Hierzu hat Marschall Foch eine Entschlieung vorgelegt, die von dem interalliierten Militärkomitee einstimmig angenommen wurde und die Aufrech-

erhaltung der Kontrollkommissionen namentlich in bezug auf die Luftschiffahrt vorschlägt. Eine ziemlich lebhaft erörterte fand über diesen Gegenstand statt. Die alliierten Vertreter waren einstimmig der Ansicht, daß eine Ueberwachung der Entwaffnung in Deutschland, soweit sie der Friedensvertrag vorschreibt, fortgesetzt werden soll. Die Frage sei nur, ob die Kontrollkommissionen in ihrer jetzigen Form und ständig aufrechterhalten werden sollen. Briand erklärte, daß Frankreich sich einer Verengerung dieser Organisationen, die zum Teil schon durchgeführt sei, nicht widerlegen werde. Der italienische Ministerpräsident Bonomi ist Anhänger einer zeitlichen Begrenzung der Tätigkeit dieser Kontrollkommissionen. Eine weitere Erörterung entspann sich über den Sitz dieser Kommissionen. Lord Curzon war dafür, daß sie nicht mehr in Deutschland ihren Sitz haben sollten. Es scheint, so bemerkt die Foch-Agentur, daß man einig darüber sei, daß diese Kommissionen, wenn nicht in Berlin, so doch wenigstens in den Städten Deutschlands weiter wirken sollen, in denen ihre Anwesenheit nötig sei. Heute nachmittag wird Marschall Foch eine neue Formel vorlegen, die er im Einverständnis mit dem interalliierten Militärkomitee finden soll.

Der Oberste Rat ist um 3/4 Uhr nachmittags wiederum zusammengesetreten, um die Frage der Sanktionen zu erörtern.

Der Oberste Rat beschäftigte sich in der heutigen Vormittags-Sitzung auch mit der Frage der Versorgung Rußlands und beschloß, einen internationalen Ausschuss, der nicht nur Vertreter der Alliierten umfassen soll, einzusetzen, um die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Der Oberste Rat soll in diesem Ausschuss durch drei Mitglieder vertreten sein. Des ferneren wurde die Orientfrage besprochen, und Marschall Foch gab Auskunft über die strategische Lage, die Lage in den Meerengen und über deren Verteidigung, die sichergestellt werden müsse für den Fall, daß ihre Neutralität durch Griechenland oder durch die Türkei verletzt werde. Außerdem besprach der Oberste Rat die finanzielle Lage Oesterreichs. Die für Oesterreich vorgesehene Hilfe ist abhängig davon, daß Amerika auf seine Hypothek auf Oesterreich verzichtet. Der amerikanische Botschafter Harves erklärte, eine Vorlage sei im amerikanischen Parlament eingebracht worden, um diese Hypothek aufzuheben. Der Oberste Rat sprach infolgedessen einstimmig den Wunsch aus, die Regierung der Vereinigten Staaten möge diesen Entwurf möglichst bald verabschieden lassen.

der alleinigen Schuld Deutschlands für viel weniger bedeutungsvoll. Man erinnere sich, daß Trojki beim Abschluß der deutsch-russischen Friedensverhandlungen sich weigerte, eine Schlussformel zu unterzeichnen, in der ausgedrückt war, daß Rußland fortan in Frieden und Freundschaft mit dem Sieger leben wolle. Diese Formel ist von den deutschen Unterhändlern mit Gewalt durchgesetzt worden, sie blieb deshalb doch eine konventionelle Lüge. Eine ebensolche Lüge ist das Bekenntnis der deutschen Alleinschuld im Friedensvertrag. Sie dient zum moralischen Aufpusch, zu jener Heuchelei, ohne die in der bürgerlichen Welt kein Friedensschluß mehr denkbar scheint. Ober hegt jemand einen Zweifel darüber, daß, wenn der Friede statt in Versailles in Potsdam geschlossen worden wäre, nicht in der gleichen „überzeugenden“ Weise festgestellt worden wäre, daß Deutschland, nach den Worten Wilhelms II., nur nach langem Zögern „in diesen durch die Feinde ihm aufgezwungenen Krieg“ gezogen sei? Die Zeit ist doch längst vorüber, wo die Gewissen noch robust genug waren, Mord, Raub und Diebstahl als die selbstverständlichsten Dinge der Welt zu betreiben, ohne ihnen ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Aber jedermann weiß das, und kein vernünftiger Mensch auf der ganzen Welt glaubt an die Schuld deshalb, weil sie im Versailler Vertrag steht. Deutschland galt der Welt als der große Schuldige, längst, ehe vom Friedensvertrag auch nur die Rede war.

Wer da glaubt, in dieser Auffassung einen Widerspruch zu entdecken zu unserer bisherigen Haltung in der „Schuldfrage“, hat die sozialistische Einstellung zu diesen Dingen nie begriffen. Für den Sozialismus steht fest, daß die letzte Ursache aller Kriege in der weltweiten Gesellschaftsordnung begründet liegt. Der Weltkrieg ist eine Folge des militaristisch-kapitalistischen Charakters unserer Zeit. In ihm sehen wir die letzte, tiefste Ursache des vierjährigen Mordens, wie der jetzt noch andauernden internationalen Konflikte und Reibungen. Dieser Militarismus und Kapitalismus ist in seinem Wesen überall der gleiche, so verschieden seine Form auch in den einzelnen Ländern und bei den einzelnen Völkern sein mag. Überall waren die militaristisch-kapitalistischen Kräfte am Werk, überall führten sie zu jener Zuspitzung des Gegensatzes der Interessen, für dessen Lösung die herrschenden Klassen kein anderes Mittel zu finden wußten, als den Krieg. Der Kampf gegen das im Kriege sanktionierte Unrecht kann daher mit Aussicht auf Erfolg nur geführt werden von jener Klasse, die den internationalen Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus führt: von dem Proletariat!

Es gibt aber nicht nur eine letzte Ursache des Krieges, es gibt auch eine höchste Kriegsschuld. Diese gebührt jenem Volke, in dem die kriegsschaffenden Kräfte von den Regierenden mit vollem Bewußtsein aufs härteste angespannt wurden, in dem besonders der Militarismus eine alles überragende Gewalt im Staate und im Volke einnahm. Diese höchste Kriegsschuld spricht die Welt dem kaiserlichen Deutschland zu. Wir vermögen nicht zu widersprechen, wir wissen, daß in diesem Punkte die Welt die Wahrheit erkannt hat.

Es mag sehr nützlich sein, Akten zu wälzen, um festzustellen, wer nun eigentlich derjenige war, der angefangen hat, und selbstverständlich fordern auch wir, daß der Forschung über die Vorgeschichte des Krieges alle Archive aller in Frage kommenden Staaten geöffnet werden. Aber kein Ergebnis dieser Forschung kann aus der Welt schaffen, daß Deutschland die entscheidende Schuld damals auf sich geladen hat, als es in der frevelhaftesten Weise die Haager Friedenskonferenz sabotierte. Als damals die Vertreter aller Kulturvölker über den nicht länger zu ertragenden Druck der militärischen Betrügnungen klagten und einig darin waren, nach einem System der Abrüstung zu suchen, ließ Wilhelm II. durch den deutschen Bevollmächtigten im Haag erklären:

„Das deutsche Volk wird nicht erdrückt unter der Last der Steuern und Umlagen, es befindet sich nicht am Rande des Abgrundes.“

und der großwahnstinnige Hohenzoller selbst trompetete in alle Welt:

„Sicher ist nur der Friede, der hinter dem Schild und unter dem Schwert des deutschen Mikels steht.“

Nun, auf dieses Trompetensignal hin hat die Welt geistig mobil gemacht, nachdem es ihr angezeigt hatte, daß der deutsche Mikel bereits „Schild und Schwert“ trug. Wie will man durch Aktenwässerei die Tatsache aus dem Bewußtsein der Welt verdrängen, daß dieser böswillige Narr und seine ertötenen Trabanten ständig den Frieden der Welt bedroht haben, ihr ständig das „trofene Pulver“, das „scharfe Schwert“ unter die Nase hielten? Wer will uns einreden, die Geschichte des Weltkrieges beginne mit dem Ultimatum an Serbien? Wer weiß so wenig von der Einheitlichkeit der menschlichen Natur, daß er sich ausschwaun ließe, der Kaiser, der die langen Jahre seiner Regierungszeit immer wieder ausgefüllt hat mit seinen „Sunnenreden“, sei am Vorabend des Weltkrieges „Pazifist“ geworden und habe sich gegen sein eigenes Werk gestemmt? Wohl möglich, daß ihm, wie manchem Verdreher, nach der Tat das Herz in die Hosen fiel, — als es zu spät war! Selbst wenn wir nicht ein höchst berechtigtes Mißtrauen gegen Akten hätten, da

*) Mit Ausnahme von Dr. W. Förster, Nicolai u. a.

oft im Hinblick auf die Möglichkeit verfaßt werden. Später gerade das zu „beweisen“, was die größte Lüge ist, bedarf es für uns keines weiteren Materials, um von der überragenden Schuld des kaiserlichen Deutschlands überzeugt zu sein, dessen größter Historiker, Mommsen, gesagt hat, „die Abstrümpfungskontinenz ist ein Druckfehler in der Weltgeschichte“.

Aus dieser Überzeugung heraus ergibt sich die Stellung der Sozialisten zu den Fragen, die der Prinz Max durch sein „Institut für auswärtige Angelegenheiten“ zu lösen gedenkt. Der Prinz spricht von der Aufgabe, „unhaltbare moralische Positionen“ als der unerlässlichen Voraussetzung seiner „Offensive“. Bis jetzt ist diese Voraussetzung in Deutschland nur von einer Partei erfüllt worden, von der U. S. P., die in der Erkenntnis handelte, daß das ganze Deutschland aus den Kriegsjahren, einschließlich seiner sozialdemokratischen Kreditbewilliger, eine solche „unhaltbare moralische Position“ darstellte. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie hat den Bruch mit dem kaiserlichen Deutschland in Theorie und Praxis restlos vollzogen. Nur sie hat folgerichtig den Weg beschritten, durch äußerste Bekämpfung des deutschen Militarismus und des altdeutschen Unwesens Deutschland wieder einen gewissen moralischen Kredit in der Welt zu verschaffen, und es ist nicht ihre Schuld, wenn dieser Kampf nicht sehr erfolgreich war und der deutsche Kredit dementsprechend gering blieb.

Nicht nur wir, sondern auch das Proletariat aller Länder weiß, daß die Bestialität im Kriege nicht nur auf deutscher Seite ihre Organe feierte, und besser noch als wir wissen die Genossen in den ehemals feindlichen Ländern, welche Schuld ihren kapitalistisch-militaristischen Regierungen, ihrer Bourgeoisie bezuzuschreiben ist. Wie wir in Deutschland, so führen sie in ihren Ländern den Kampf für die Sühnung der Kriegsverbrechen des Staates und einzelner. Hat doch erst vor wenigen Tagen die gesamte bürgerliche Presse die Anklagen wiedergegeben, in denen französische Sozialisten französische Offiziere ähnlicher Verbrechen bezichtigten, wie sie dem General Staenger zur Last gelegt wurden.

Keine „moralische Offensive“ wird am Urteil der Welt über Deutschlands Schuld etwas ändern können. Auch der bürgerliche Pazifismus ist, von einigen ganz Wenigen abgesehen, die auch vor 1914 schon Feinde des Krieges waren, wie der verkörperte A. H. Fried, nichts weiter als eine politische Schujaarbe, deren man sich einstweilen bedient, um auf gut Weiter zu warten. Romain Rolland hat einmal sehr treffend geschrieben, wie die deutsche Anschauung sich mit den Zeiten gewandelt hat. „War man geschlagen, so sagte man, Deutschlands Ideal wäre die Menschheit, jetzt, da man andere schlägt, hieß es, Deutschland sei das Ideal der Menschheit. Solange die anderen Länder die mächtigeren waren, sagte man mit Lessing, daß die Vaterlandsliebe ein heroische Schwäche sei, . . . und man nannte sich Weltbürger, . . . Da man den Sieg davontrug, konnte man nicht genug Beachtung für die „französischen Utopien“ aufbringen, als da sind: Weltfrieden, Fortschritt, Menschenrechte.“

In Deutschland sind wir offenbar wieder beim „Weltbürgerium“ angelangt, in Frankreich bei dem Größenwahn, der sich selbst zum Ideal der Menschheit macht und nur, wie Deutschland nach 1871, die Gewalt als höchstes internationales Prinzip anerkennt. Jener Wandel der Gesinnung, den Rolland schildert, ist das Zeichen der Charakterlosigkeit aus Hofflichkeit der Grundzüge jeder Bourgeoisie!

Der bürgerliche Pazifismus ist eine Halbheit, und deshalb zu jeder Unfruchtbarkeit verdammt. Der wahre Völkerrfriede kann nur kommen auf dem Wege des Sozialismus, der den Kapitalismus aufhebt und damit jede Ursache beseitigt zu Krieg, Kriegselend und Kriegsschuld.

Kabinettsitzung über Oberschlesien

Gestern mittag um 12 Uhr ist, wie die P. V. N. hören, die Reichsregierung zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten, in der sie neben der Behandlung anderer Fragen vor allem auch mit der durch den vorläufigen Ausgang der Pariser Verhandlungen geschaffenen Lage für Oberschlesien sich befassen wird. — Amlich ist übrigens die deutsche Regierung bis jetzt noch nicht in

Die Politik der Mitte

Von Dr. Julius Moses

Ich stelle an die Spitze meiner Ausführungen zwei Verse aus einem Gedicht von Hermann Katgraf, um meine Betrachtungen zu schließen mit einem Vers von Sallet. Beide Dichter haben in der vorräthigen Zeit die schwankende Haltung des deutschen liberalen Whiffertums treffend geschildert. Katgraf's Gedicht trägt die Ueberschrift: „Das Lied von der rechten Mitte“. Die beiden Strophen lauten:

Nicht allzu zahn, nicht allzu mild,
zu bitter nicht, noch süß,
zu herbe nicht und nicht zu mild,
und weder das, noch dies!
Nicht zu bedächtlich, nicht zu schnell,
Nicht rechts, noch links die Schritte,
Nicht Reifer grad', auch nicht Gelell'.

Das ist die rechte Mitte!
Nicht gerade, doch auch nicht zu krumm,
zu heiß nicht, noch zu kalt,
Nicht hinterwärts, noch vorwärts,
zu spät nicht, noch zu bald!
Nicht tapfer und nicht memmenhaft,
Mit Fordrung nicht, noch Bitte,
Mit Schwäche nicht und nicht mit Kraft;
Das ist die rechte Mitte!

Diese „Politik der rechten Mitte“ wollen die heutigen Demokraten vertreten. Sie rühmen sich sogar dessen, ohne sich bemüht zu sein, daß die Demokratie, so wie wir sie auffassen, mit einer Politik der rechten Mitte nichts, absolut nichts zu tun hat, zu tun haben darf. Diese „Politik der rechten Mitte“ ist in Deutschland vom Jahre 1848 bis auf die Gegenwart immer von solchen Elementen propagiert worden, die in Worten ein hochtönendes Lippenbekenntnis zum Liberalismus resp. Demokratie von sich gaben, deren Taten aber im strengen Gegensatz zu ihren Worten standen. Leute, die schließlich, wenn es galt, ihre eigenen Worte in die Tat umzusetzen. Angst vor der eigenen Courage bekamen. Die typischen Vertreter des deutschen Spießbürger- und Bierphilistertums!

Ludwig Walewode, auch ein alter Demokrat aus der vorräthigen Zeit, nennt die rechte Mitte „die Religion der Whiffeliter“. „Sie hat weder die Kraft, Böses zu tun, noch Begeisterung für das Gute. Die Nacht schläft sie mit ihrer blickten Finsternis, und vor Tag blendet sie mit seiner Helle. Wenn eine weltliche Gerechtigkeit auf Erden existierte, so hätte „die rechte Mitte“ wegen aeifriger Impotenz schon längst unter Kuratel gestellt werden müssen.“

Und er saht die „Kinderleihen“ aus dem „Kaisertum der rechten Mitte“ in die Worte zusammen:

Kenntnis gesetzt über den Gang und die Ergebnisse der Pariser Verhandlungen. Es bleibt auch zweifelhaft, ob der Oberste Rat überhaupt der deutschen Regierung offiziell Mitteilung zusammenlägt über die jüngste Wendung der oberschlesischen Frage.

Die Leipziger Prozesse vor dem Obersten Rat

Aus der letzten Sitzung des Obersten Rates, die sich auch mit der Aburteilung der Kriegsbeschuldigten durch das Reichsgericht beschäftigte, und über deren Ergebnis wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe berichteten, meldet Havas noch folgende Einzelheiten:

Der belgische Minister des Aeußern Jaspars erläuterte dann kurz, daß der einzige Fall, der von Belgien dem Leipziger Gericht unterbreitet wurde, der Fall Ramdohr, in Belgien große Erregung hervorgerufen habe. Die Berichte der belgischen Delegierten, die diesem Urteilspruch beigewohnt hätten, lauteten außerordentlich ungünstig. Nach der Anklage des Staatsanwalts und nach der Zeugenaussage habe man allgemein eine Verurteilung erwarten können. Jaspars kritisierte schief den Reichspräsidenten; das belgische Parlament habe sich mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, den Fall Ramdohr dem Obersten Rat vorzulegen. Jaspars betonte, es sei notwendig, daß die Alliierten ihre Entscheidung in dieser Frage einstimmig treffen.

Briand sprach über die von Frankreich dem Leipziger Gericht unterbreiteten Fälle und schlug vor, der englische Generalstaatsanwalt und hohe französische, belgische und italienische Justizbeamte sollten die bisher abgeurteilten Fälle prüfen und dem Obersten Rat ihren Bericht vorlegen. Der Oberste Rat werde sich dann darüber aussprechen. Die betreffenden Beamten sollten gleichzeitig beauftragt werden, Anregungen über die künftig einzuschlagende Haltung zu geben.

Inzwischen wird, wie Havas weiter berichtet, dem Leipziger Gerichtshof von den Alliierten kein weiterer Fall vorgelegt werden, und die Alliierten werden gegen die erfolgten Urteile keinen Protest erheben.

Paris, 13. August.

Die Entscheidung, die der Oberste Rat heute vormittag in der Frage der Kriegsbeschuldigten gefaßt hat, lautet, wie folgt:

Entsprechend der Note der alliierten Regierungen vom 7. Mai 1920 an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation ist eine Kommission eingesetzt, die dem Obersten Rat ihre Ansichten über die Ergebnisse der vom Reichsgericht in Leipzig eingeleiteten Verfahren sowie über die von diesem Gerichtshof in Sachen derjenigen Personen, deren Auslieferung auf Grund von Artikel 228 des Friedensvertrages von den Regierungen gefordert wird gesprochenen Urteile mitteilen soll. Die Kommission soll auch Vorschläge einreichen, über die künftig im Hinblick auf die Anwendung der Artikel 228 bis 230 des Friedensvertrages einzunehmende Haltung. Diese Kommission wird aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens und Japans bestehen, und jedes dieser Länder soll die Möglichkeit haben, sich durch zwei Delegierte vertreten zu lassen.

Immer langsam voran

Das Reichsgerichtsverfahren gegen die Kapp-Putschisten im Gange

TU. Leipzig, 13. August.

Das Reichsgerichtsverfahren gegen die am Kapp-Putsch beteiligten gemeyenen Personen, darunter gegen den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten von Jagow scheint nunmehr allmählich in Fluß zu kommen. Vom Präsidenten des Ferienstrassenrats des Reichsgerichts ist nunmehr, wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt, Zustellung der Anklage an die Beschuldigten zwecks Abgabe etwaiger Gegen-Erklärungen veranlaßt worden. Das Reichsgericht wird, sobald diese Erklärungen eingegangen sein werden, über die Eröffnung des Hauptverfahrens Beschluß fassen, und sobald der Eröffnungsbeschluß ergangen ist, wird der Termin für die Hauptverhandlung angefaßt werden.

Wenn das Verfahren gegen die Kapp-Putschisten in demselben Tempo, wie hier geschildert, weitergeht, werden die in Frage kommenden Personen wohl kaum noch am Leben sein, wenn das Reichsgericht endlich irgendeinen Beschluß faßt.

„Ich will nicht ganz flug, aber ich will auch nicht ganz dumm sein! Ich will nicht knecht, aber ich will auch nicht ganz frei sein! Ich will nicht ganz gesund, aber ich will auch nicht ganz krank sein! — Ist denn nicht der dumme, der nicht ganz flug ist? — Ist nicht der ein Knecht, der nicht ganz frei, nicht der krank, der nicht ganz gesund ist? — Sie nennen den jungen Enghirnismus für Wahrheit und Freiheit übertrieben: als ob man die Wahrheit und die Freiheit zu sehr lieben wüßte! — Freiheit! Sie können weder lieben noch hassen.“

Die Demokratie von heute ist schon lange nicht mehr ihrer Wäur wert, schon lange hat sie das Recht auf diesen Ehrennamen verloren. Mit jeder Häutung, mit jeder Namensänderung — und wie oft diese Vorgänge stattgefunden haben, ist ja bekannt — ist auch ein Teil des alten Geistes abhanden gekommen, und heute kann man wirklich von unserer bürgerlichen Demokratie sagen: Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben!

Die Demokratie von heute ist ein mittelparteiliches, lauwarmes, halbes zwischen rechts und links pendelndes Gebilde geworden. Je mehr sie Elemente von rechts, aus der ehemaligen national-liberalen Partei in sich aufgenommen hat, um so mehr hat sie sich auch von dem Geiste dieser Richtung durchdringen und durchtränken lassen. Heute steht unsere Demokratie ihren Ruhm und ihren Stolz darin, eine Partei der Mitte zu sein, eine Politik der Mitte zu treiben. Sie hat sich nicht belehren lassen durch das warnende Beispiel der alten national-liberalen Partei, die auch immer etwas Derartiges sein wollte und dabei, wie das in solchen Fällen stets gewesen ist, immer weiter und weiter nach rechts hin, nach der Seite der Reaktion hin abgerutscht ist. Die letzten Jahre haben auch für das blödsinnige Auge zur Evidenz gezeigt, daß sich die Partei, die sich heute demokratisch nennt, in bezug auf politische und soziale Rückständigkeit, auf Korruptibilität und Engstirnigkeit, auf Arbeiterfeindschaft, von den rechtsstehenden Parteien kaum noch unterscheidet.

Als die „neue Zeit“ anbrach, schien es einen Augenblick, als ob sich auch die bürgerliche Demokratie auf ihre bessere Vergangenheit besinnen wüßte. Diese bessere Einsicht hat nicht lange vorgehalten. Die Demokratie bekam sehr bald wieder Angst vor ihrer eigenen Courage. Einzelne ihrer Glieder waren ehrlich genug, auch äußerlich die Konsequenzen ihrer veränderten Denkweise zu ziehen, indem sie sich offen nach rechts schlugen. Andere, die in bezug auf ihre politische Gesinnung diesen genau so ähnlich sind wie ein saures Ei dem andern, sind bei der alten Partei geblieben, sie haben dieselbe, wie wir heute sehen, schnell und gründlich umgestaltet, in Grund und Boden hinein verdohten. Heute ist es mit der bürgerlichen Demokratie so weit gekommen, daß sie in ihrer praktischen Wirksamkeit, in ihrer parlamentarischen Arbeit nur noch ein Anhängsel der Rechtsparteien darstellt. Man nehme irgendein Gebiet, wo sich die Grundzüge einer Partei befinden müssen, etwa Steuerpolitik oder Kulturpolitik oder Fragen der Justiz: wie hat sich da unsere Demokratie verhalten? Bei aller und jeder Gelegenheit, wo sie hätte demokratischen Geist

Ein Aufruf der russischen Menschewisten

Der Auslandsdelegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Menschewiki) ist durch die Berliner Sowjetvertretung folgende Rundgebung des Zentralkomitees der menschewistischen Partei übermittelt worden:

Moskau, 5. August.

„Eine suchtbare Miernte hat das Wolgagebiet und den Südoften Rußlands heimgesucht. Die Schrecken einer lange schon nicht dagewesenen Hungersnot stehen vor der Tür. Die Gefahr droht nicht nur der Revolution, sondern auch der physischen Existenz des arbeitenden Volkes. Eine außerordentliche und umfassende Hilfe des Auslandes ist unumgänglich. Durch unsere Auslandsdelegation richten wir an das Proletariat, an alle Arbeitenden und alle ehrlichen Demokraten Europas und Amerikas einen dringenden Appell in der Hoffnung, daß die sozialistischen Arbeiterorganisationen des Westens ihre Pflicht der internationalen Solidarität restlos erfüllen und dem revolutionären Rußland zur Hilfe kommen, das in der Umklammerung, der Zerrüttung und des Hungers zu erliegen droht. Wir rechnen in erster Linie auf die Energie und den Einfluß der uns geistig am nächsten stehenden Brederparteien und Organisationen, die der vom Wiener Bureau geleiteten Internationalen Sozialistischen Arbeitergemeinschaft angeschlossen sind.“

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Die Besprechung des Ministers Dominicus

Die Bezirksleitung der U. S. P. D. für Mittelschlesien schreibt uns: Die „Freiheit“ veröffentlicht in Nr. 309 vom 6. August d. J. eine ihr zugegangene offizielle Mitteilung, in der die Behauptung aufgestellt wird, daß an der Besprechung des Ministers Dominicus in Breslau mit Angehörigen der verschiedenen politischen Parteien auch mehrere Vertreter der U. S. P. D. teilgenommen haben und daß diese am Schluß mit sämtlichen anderen Parteien in dem Wunsch übereinstimmen, in den kommenden nächsten Wochen hinsichtlich der oberschlesischen Frage eine politische Einheitsfront herzustellen. Diese halbamtliche Darstellung ist von Anfang bis zu Ende falsch; sie stellt die im Namen unserer Partei abgegebene Erklärung geradezu auf den Kopf. Zur Steuer der Wahrheit sehen wir uns daher zu folgender Richtigstellung verpflichtet:

1. Als Vertreter der U. S. P. D. hat nur ein Genosse an der fraglichen Besprechung teilgenommen, nicht mehrere, wie der offizielle Bericht es darzustellen bestrebt. 2. Unser Vertreter, Genosse Heilmann, hat in der Aussprache klipp und klar zum Ausdruck gebracht, daß die Parteigenossen in Breslau und Schlesien den von der Zentrale und der Reichstagsfraktion der U. S. P. D. in der oberschlesischen Frage vertretenen Standpunkt einmütig teilen. Die Bildung einer vom Minister Dominicus erstrebten nationalistischen Einheitsfront mit den übrigen Parteien in dieser Angelegenheit hat er ausdrücklich abgelehnt. Er hat im Gegenteil betont, daß die U. S. P. D. im Gegensatz zu den übrigen Parteien in das Geschrei für das Verbleiben eines ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland nicht eintreten könne, weil eine solche Forderung dem von uns verkochten Selbstbestimmungsrecht der Völker zuwiderlaufe und ihre Verwirklichung den Keim zu neuen kriegerischen Verwicklungen in sich trage. Unter Verlässigung des bei der Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Volkswillens verlangen wir, daß die oberschlesischen Kreise, die eine deutsche Mehrheit erlangen haben, bei Deutschland bleiben, daß aber umgekehrt die Gebiete mit polnischer Majorität den Polen zugesprochen werden. 3. Auf die Formulierung des offiziellen Berichtes über die Besprechung der Parteimitglieder mit dem Minister Dominicus hat unser Vertreter keinen Einfluß gehabt.

Der Goldankauf durch die Reichsbank. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 15. bis 20. August wie in der Vormoche zum Preise von 340 Mark für ein 20-Markstück, 170 Mark für ein 10-Markstück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 47.600 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

befunden müssen, hat sie kläglich versagt. Und sie wird auf diesem Wege bleiben. Dafür bürgen die Männer, die heute die Politik der Demokratie nach außen hin verkörpern.

Es fehlt ja auch in der heutigen Demokratie nicht an Kritik, nicht an besserer Einsicht. Die „Frankfurter Zeitung“ hat sich im Vergleich zu anderen, und soweit das bei ihrer selbstverständlich kapitalistisch orientierten Grundrichtung möglich ist, immer noch ein gewisses demokratisches Gefühl bewahrt hat, hat seit einiger Zeit nicht aufgehört, ihre Partei zu warnen vor dem verderblichen und gefährlichen Spiel mit dem Gedanken einer Partei der Mitte. Ihr Mahnen und Warnen ist vergeblich gewesen. Die heutige Demokratie will nun einmal eine Partei der Mitte sein und bleiben.

Nicht einmal ein offenes Bekenntnis zur Republik verlangen diese Demokraten. Der „Frankfurter Kurier“, das offizielle Organ der bayerischen Demokraten, polemisiert geradezu gegen Peterßen nach dieser Richtung hin. Es erklärt: „Es wirkt doch geradezu kleinlich, um nicht zu sagen erbärmlich, wenn jetzt demokratische Zeitungen wieder erneut den schärfsten Trennungsschritt zwischen Republikanern und Monarchisten ziehen. Sind es nicht wirklich kleine, winzige Fragen, ob einer dem Prinzip des Fortschritts ober der Beharrung huldigt, ob er glaubt, daß die Republik oder die Monarchie die bessere Staatsform ist? Sollten das nicht wenigstens unsere beruflichen Führer begreifen und danach handeln?“

Demokraten! Und derselbe demokratische (!) „Frankfurter Kurier“ erklärt die Politik der Mitte als nationale Sammelpolitik schlechthin: „Politik der nationalen und völkischen Lebens besinnen!“ „Wenn wir uns auf die letzten Grundfragen aller nationalen und völkischen Lebens besinnen!“ So ungefähr sagt es der Reventlow auch. Die Politik der rechten Mitte von Peterßen bis Weßkarp und Helfferich. Die Politik der Mitte: Nichts anderes als der bürgerliche Block gegenüber der gemeyenen Arbeiterklasse!

Gerade jetzt, wo in Berlin bei den Stadtverordnetenwahlen der Kampf zwischen rechts und links von neuem entbrennen wird, glaubt sie als Partei der Mitte Erfolge erlangen zu können. Die Demokratie wird sich auch in diesem Fall wiederum täuschen. Es wird sich an ihr das Wort des Apostels Paulus erfüllen: Du mußt entweder kalt oder warm sein, da du aber lau bist, will ich dich ausspeien aus meinem Munde.

Sallet brüht es poetisch so aus:

Perant die Liberalen,
Die nur reden, die nur prahlen,
Nur mit Worten stets bezahlen,
Aber arm an Taten sind;
Die bald rechts, bald links sich drehen,
Die bald hier, bald dort hin sehen,
Wie die Fahne vor dem Wind:
Perant die Liberalen!

Die bayerische Polizeifaut

München, 12. August.

Der Münchener Polizeipräsident Pöhner sieht seine Hauptaufgabe in der Förderung aller deutsch-nationalen und alldeutschen Bestrebungen und in der Beschäftigung der alldeutschen Patrioten, vor den Angehörigen der Linksparteien. Das ist auch der Grund, warum die Münchener Polizeifaut wieder einmal mit einem Dauerverbot auf die „Münchener Morgenpost“ herabgefaßt ist. Die bayerische reaktionäre Presse hatte die Kriegsschuldfrage aufgegriffen und dem ermordeten Genossen Kurt Eisner den Vorwurf gemacht, daß er den im November 1918 veröffentlichten Bericht der Berliner Bayerischen Gesandtschaft vom 18. Juli 1914 gefälscht habe. Damit, so argumentiert die bayerische Presse, habe Eisner und die U.S.P. die Schuld auf sich geladen für alle brüderlichen Bestimmungen des Versailles-Friedensvertrages. Die „Münchener Morgenpost“ hat den Fehdehandschuh aufgegriffen und diese infame Lüge der Alldeutschen zerplatzt. Seit Ende des vorigen Monats führt sie einen zähen unerbittlichen Kampf gegen den großen Betrug der Alldeutschen. Die reaktionäre Presse sah sich aus ihrer Angriffsstellung in die Verteidigung gedrängt, und der Polizeipräsident Pöhner kam ihr im rechten Augenblick mit dem Verbot der „Münchener Morgenpost“ zu Hilfe. Das Dauerverbot wird damit begründet, daß die „Münchener Morgenpost“ nur ein Organ des am 11. Juli nach der Ermordung des Genossen Gareis verbotenen Organs der U.S.P. „Der Kampf“ sei und daß das Blatt eine so schamlos verheerende, landesverräterische und jede Staatsautorität verhöhrende Sprache führe, wie nur je „Der Kampf“.

Aus dieser Begründung kann nur geschlossen werden, daß die Entlassung des alldeutschen Betruges über die Kriegsschuldfrage der Grund zum Verbot war. Die „Morgenpost“ brachte aber auch eine Reihe anderer Artikel, die der bayerischen Reaktion höchst unbequem sein mußten. Es wurden wiederholt die guten Beziehungen der bayerischen Monarchisten zu Frankreich aufgedeckt, und erst am 4. August veröffentlichte die „Morgenpost“ eine Stelle aus dem Testament des inzwischen gestorbenen bayerischen Prinzen Heinrich, des Reffen vom Erbprinzen Ludwig III. Dieses Testament stammt vom 2. August 1914. Im Punkt 32 heißt es:

„Ich bestimme, daß für den Fall einer Wiederherstellung des Königstums in Frankreich unter dem Hause Orleans am Tage der Krönungsproklamation Ihrer Königlichen Hoheit der Prinzessin Maria-Luise von Frankreich, Tochter Sr. Königlichen Hoheit des Herzogs Philipp von Orleans, und Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Herzogin Maria-Dorothea von Orleans, geborene Erzherzogin von Oesterreich, in meinem Namen ein Strauß weißer Ähren mit einem blauweißen Seidenband und meiner Namensaufschrift übergeben wird.“

Als das Münchener U.S.P.-Organ im Jahre 1919 diesen Testamentsauszug zum ersten Male veröffentlichte, wurde er von der bürgerlichen Presse als Schwindel abgetan. Nun bringt die „Münchener Morgenpost“ durch ein Zitat aus dem Buche von Caillaux „Meine Gefangenschaft“ den Beweis für die Richtigkeit der feinerzeitigen Veröffentlichung. Caillaux schreibt:

„Als in der Tat Durchsuchungen angestellt wurden, unter Umständen, über die wir noch sprechen werden, hatte man schnell eine ganze Sammlung von Dokumenten, von Briefen und Abschriften gefunden, die auf die unbestreitbarste Weise darstellten, daß im Augenblick des Kriegsausbruches die Royalisten von der „Action Française“ nicht etwa ins Blaue hinein, sondern mit aller in die geringsten Einzelheiten gebenden Vorzüge den Generalkrieg vorbereiten hatten, der Philipp VIII. auf den französischen Thron bringen sollte.“

Es handelt sich hier um denselben Philipp aus dem Hause Orleans, von dem in dem Testament des bayerischen Prinzen die Rede ist. Diese Feststellungen waren den bayerischen Monarchisten nicht angenehm. Sie waren es um so weniger, als die bayerische Linkspartei ganz offen die Parole ausgibt: „Los von Preußen und Anschluß an Frankreich!“ Man spielt also auch heute noch mit dem Gedanken, durch gegenseitige Hilfe in Bayern die Mittelbayer und in Frankreich die Orleans wieder auf den Thron zu bringen.

Zu Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und dem päpstlichen Stuhl hatte die „Münchener Morgenpost“ in ihrer heutigen Nummer, die inzwischen bei den Zeitungsoveräußern beschlagnahmt wurde, festgestellt, daß die bayerischen Klerikalen dem Münchener Kardinal aus politischen Gründen eine Aufwandsentschädigung aus Staatsmitteln bewilligt haben. Das hat der Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei auch unumwunden zugestanden. Auf dem hat der Landtag den bayerischen Geistlichen der Aufwandsentschädigung von 100 Millionen Mark zur „Ergänzung“ ihrer Bezüge bewilligt und der Abg. Held (Führer der Bay. Volkspartei) hatte sich besonders dafür eingesetzt. Die „Münchener Morgenpost“ schreibt dazu: Die Politik des Herrn Held und die des Papstes in Frankreich könnten doch noch tiefere Zusammenhänge verraten, als die, daß die Kirche überall die Aufgabe hat, den Gehorsam des Volkes gegenüber den öffentlichen Gewalten zu predigen und dafür staatliche Liebesgaben zu bekommen, wie erst wieder in Bayern. Wenn die römischen Pfaffen in Frankreich wieder halbdoll ausgenommen werden, dann müssen sie in Bayern die Geheißer bestimmter französischer Kreise betreiben, und wenn sich Herr Held dazu bemüht, für den Münchener Kardinal eine besondere Lønne einzuflechten, dann liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß dies irgendwie mit französischen Geschäften der römischen Pfaffen zusammenhängt. Oder sollte hier die Linke wieder einmal nicht wissen, was die Rechte tut, wie so oft in der „schöllischen Diplomatie“?

Eine solche Sprache erscheint der Münchener Polizei natürlich „aufreizend“ und „landesverräterisch“. Auch die Feststellung in der gestrigen Nummer der „Morgenpost“, daß in der Wiesbacher Gegend nachts rituelle Waffenparaden abgehalten werden, und daß der Redakteur des bayerischen Schablatte-Messbayer „Kugler“ in häßlicher telephonischer Verbindung mit Ludwig Thoma und Dr. Heim steht, daß er mit Franzosen Verbindungen unterhält, und daß im Mangalfal 500 „heimatlose“ Oberbayer in militärischer Bereitschaft liegen, all diese Dinge sollen nach dem Willen des Münchener Polizeipräsidenten nicht an die Öffentlichkeit kommen, weil sie die Absichten der bayerischen Reaktion ans Licht bringen könnten. Und weil die „Münchener Morgenpost“ einen unerbittlichen Kampf gegen die bayerische Konterverolution führt, deshalb mußte sie verboten werden. Es sind die gleichen Motive, die zur Ermordung des Genossen Gareis führten. Gareis war im bayerischen Landtag der öffentliche Ankläger gegen die Verbrechen der bayerischen Reaktion, und die „Münchener Morgenpost“ hat in ihren Spalten die Gewissent ausgerüttelt. Die reaktionäre Presse darf zu Noth und Notstand auffordern, ohne daß ihr ein Haar gekrümmt wird. Aber wehe, wenn ein Arbeiterblatt die Kreise der Reaktion hört. Dann ist die bayerische Polizeifaut rasch mit einem dauernden Verbot zur Hand!

Wie lange soll diese Polizeifaut mit Ausnahmezustand, Ausnahmegerichtsbarkeit, Versammlungs- und Zeitungsverbot noch dauern? Wagt die Reichsregierung nicht, daß sie hier eingreift? Was Entschuldigungen ist hier nicht mehr gebüht. Es muß gehandelt werden, ehe es zu spät ist!

Der Kampf gegen die Teuerung

Überall rüsten die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, um der neu einkehrenden Teuerung wirksam begegnen zu können. Es ist tief bedauerlich, daß die einheitlich geplante Aktion der Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften mit dem Deutschen Beamtenbunde nicht zustande gekommen ist. Gewiß mögen die Verhältnisse bei den Beamten anders geartet sein als in der Industrie und im Handel. Aber eine grundsätzliche Uebereinstimmung hätte gefunden werden müssen. Man darf sich nicht verhehlen, daß der Abbruch der gemeinsamen Verhandlungen und das gesonderte Vorgehen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der groß angelegten Aktion eine Einbuße an Stogkraft bringen.

Kunmehr hat auch der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Brotpreissteigerung in bezug auf Gewährung eines Lohnausgleichs beschäftigt und hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes erkennt allgemein an, daß eine nennenswerte Erhöhung der Lebenshaltungskosten, wie sie durch die Brotpreissteigerung eintritt, eine entsprechende Regelung der Löhne als notwendig erscheinen lassen kann. Er hält es für jählich unmöglich, den angeschlossenen Arbeitgemeinschaften eine gleichmäßige Regelung zu empfehlen, weil die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben und an den verschiedenen Plätzen durchaus verschieden sind.“

Der Vorstand empfiehlt jedoch den angeschlossenen Organisationen, sogleich in eine Uebersetzung der in Betracht kommenden Lohnsätze durch gemeinschaftliche Verhandlungen einzutreten.“

Die vorstehende Entschließung der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes ist, wenn sie auch eine nennenswerte Erhöhung der Lebenshaltungskosten zugibt, doch unvollständig. Sie bezieht sich einzig und allein auf die Brotpreissteigerung. Nun ist diese gewiß die im Augenblick empfindlichste Ausgabensteigerung für den Arbeiterhaushalt. Aber daneben geht seit einigen Wochen auch eine beträchtliche Preissteigerung anderer Lebensmittel her und weitere Preissteigerungen für Lebensmittel und Bedarfsartikel stehen unmittelbar bevor.

Da in den Vorständen der Zentralarbeitsgemeinschaften auch Arbeitervertreter sitzen, hätte man in einer offiziellen Rundgebung wohl eine weniger gewundene und vollständige Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und Angestellten erwarten dürfen.

Nachdem die Verhandlungen der drei großen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit dem Deutschen Beamtenbunde über die Schaffung einer gemeinsamen Front zur Durchführung einheitlicher Forderungen für die gesamten Reichs- und Staatsarbeiter, Angestellte und Beamte gescheitert sind, übermittelten die in Betracht kommenden Gewerkschaften der drei Spitzenorganisationen (Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund, Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsring) den zuständigen Instanzen folgende Forderungen:

1. Für Arbeiter: Gewährung einer Ausgleichszulage zum Bewegungsausgleich, in Ortsklasse B 10 Prozent, in Ortsklasse C 20 Prozent, in Ortsklasse D 30 Prozent, in Ortsklasse E 40 Prozent. Gewährung einer allgemeinen weiteren Teuerungszulage für sämtliche Ortsklassen in Höhe von 1,50 M. pro Stunde und entsprechende Zulagen für weibliche Arbeiter und Lehrlinge.

Die neuen Steuervorschläge

Wir haben vor einigen Tagen die Steuerpläne der Regierung in rohen Umrissen kennen gelernt, und schon nach einer oberflächlichen Kenntnis konnte unsere Stellungnahme dazu nicht zweifelhaft sein. Kunmehr sind die Entwürfe zu einem Teil der direkten Abgaben dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat zugegangen. Wir geben hier in Kürze ihren Inhalt wieder und behalten uns eine kritische Würdigung vor, bis die Öffentlichkeit die Gesamtheit der Entwürfe kennen gelernt hat und Schätzungen über ihre vermöglichen Erträge vorliegen.

An die Stelle des Reichsnotopfers soll bekanntlich eine Vermögenssteuer treten. Ihre Veranlagung soll nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt erfolgen, sondern einen Zeitraum von drei Jahren umfassen, und man hofft, dadurch Zufälle und Unregelmäßigkeiten auszugleichen. Für die Wertermittlung des Vermögens soll nach Abzug der Schulden die Reichsabgabenordnung gelten, also das Grundvermögen der Ertrages. Vom 1. April 1923 bis 1. April 1925 soll eine neue Bewertungsgrundlage angewandt werden, die den jeweiligen Stand der Mark in Rechnung stellt. Wie die Regierung diese veränderte Wertermittlung finden will, weiß sie selber noch nicht, sie verspricht, dafür Interessenten und Sachverständige zu befragen.

Der Tarif läßt die Vermögen bis 50 000 Mark frei und steigt von 0,05 v. H. bis auf 1 v. H. bei den Vermögen über 20 Millionen Mark. An die Stelle des fortlaufenden Notopfers soll eine fünfzehnjährige Zahlung treten mit einem Zuschlag von 300 v. H. bei den physischen Personen. Für die Erwerbsgesellschaften würde die Steuer 1/3 v. T. betragen, der Zuschlag 100 v. H. Als Betriebsvermögen steht der Entwurf den Aktienbesitz an, sobald sich 5 v. H. der Anteile in einer Hand befinden und der Inhaber an der Leitung des Betriebes beteiligt ist; heißt er 20 v. H. der Aktien, so wird er unbedingt als Mitleiter angesehen. Für Kleintrentner, die nicht mehr als 350 000 Mark Vermögen und 14 000 Mark Einkommen haben, sind Vorzugungen vorgesehen.

Der Entwurf eines Vermögenszuwachssteuergesetzes erhöht den zu versteuernden Betrag von 20 000 Mark Vermögen und 10 000 Mark Zuwachs auf 100 000 Mark Vermögen und 25 000 Mark Zuwachs. Der Steuertarif steigt bei den ersten 100 000 Mark Zuwachs 1 v. H. vor und soll bis auf 10 v. H. bei einem Zuwachs von über 6 Millionen steigen. Die erste Veranlagung soll im Jahre 1925 erfolgen, während bis dahin die Nachkriegsgewinnsteuer gelten soll. Als Bewertungsgrundlage soll der jeweilige gemeine Wert dienen. Erbschaften und Schenkungen werden nicht von der Steuer getroffen, da sie bereits der Erbschaftsteuer unterliegen.

Die Nachkriegsgewinnsteuer begnügt sich mit geringeren Sätzen als die Kriegsgewinnsteuer, angeblich, um nicht Verschwendungssucht und Kapitalflucht zu befördern. (1) Sie soll die zwischen dem 30. Juni 1919 und dem 30. Juni 1921 gemachten Gewinne erfassen. Gewinne unter 100 000 Mark bleiben abgabefrei. Die Sätze steigen von 5 v. H. bei den ersten 100 000 Mark bis 30 v. H. bei Gewinnen über 2 Millionen. Die Bewertung des Vermögens und umlaufenden Betriebskapitals soll nach Wahl des Steuerpflichtigen bei der Ermittlung entweder zum gemeinen Wert oder den Herstellungskosten erfolgen. Um eine schnelle Durchführung zu erzielen, soll die Abgabe zur

Erhöhung der Kinderzuschläge um 150 Prozent, Berechtigung entsprechender Mittel zwecks Erhöhung der Bezüge der Rentempfänger.

2. Für Beamte: Angleichung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag an die Sätze der Ortsklasse. Gewährung einer gleichmäßigen Teuerungszulage von 3000 M. an alle Beamten einschließlich der Diätäre und Pensionäre. Angleichung des Teuerungszuschlages zu den Kinderzulagen an die Sätze der Ortsklasse A.

3. Die neuen Teuerungszuschläge für alle Arbeiter und Beamten sind rückwirkend ab 1. Juli 1921 zu zahlen.

Zu den vorstehenden Forderungen wird uns berichtet, daß sie nach sehr zäher Erwägung und unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse aufgestellt wurden. Sie unterscheiden sich von den Forderungen des Deutschen Beamtenbundes dadurch, daß sie die vom Beamtenbund bei früheren Bewegungen gemachten Fehler vermeiden und sich auf dem Boden der realen Verhältnisse bewegen.

Der Deutsche Beamtenbund läßt sich offenbar ausschließlich von agitatorischen Gesichtspunkten leiten, sonst wäre es nicht möglich gewesen, eine Mindestforderung von 8500 M. pro Kopf auszuhebeln und sie in wenigen Stunden auf 4200 M. zu reduzieren. Es wäre dies um so weniger möglich gewesen, wenn der Deutsche Beamtenbund aus dem Zusammenbruch der letzten Teuerungszulagen gelernt hätte. Die Gewerkschaften, mit denen der Beamtenbund sich heute nicht einigen will, waren es, die nach dem vorausgewährten Mißerfolg ein erträgliches Resultat herbeiführten. In der klaren Erkenntnis, daß auch diesmal die Politik des Deutschen Beamtenbundes Scheitern erleben muß, lehnen die übrigen Organisationen des Zusammenschlusses mit dem Deutschen Beamtenbund auf der von ihm vorgeschlagenen Grundlage ab.

Nieder mit dem Brotwucher!

Demonstration des bremischen Proletariats

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Bremen, 13. August.

Die Demonstration der bremischen Gesamtarbeiterschaft gegen Brotwucher und Teuerung am Sonnabendnachmittag verlief in außerordentlicher Ordnung. Weit über 5000 Arbeiter hatten sich auf dem Demonstrationssplatz eingefunden, wo von improvisierten Tribünen zwölf Redner der sozialistischen Parteien zu den Massen sprachen. Nach Schluß der Kundgebung zogen die Demonstranten im geordneten Zuge durch die Hauptstraßen zum Bahnhofsplatz, wo die Auflösung ohne Zwischenfall erfolgte. Zahlreiche im Zuge getragene Schilder wiesen auf den Zweck der Kundgebung hin: „Nieder mit dem Brotwucher!“ „Den Agrarier Liebesgaben, den Profiteuren die Hungerpein!“ „Unter täglich Brot gib uns heute!“ „Nieder mit den Volksausbeutern!“ „Der Staat als Brottreiber“ usw. Ein großes Transparent, einen vollgepackten Junker mit der Aufschrift, der einer Profetarierfamilie den Brotkorb höher zieht, darstellend, mit der Aufschrift: „Wollt Ihr das?“ fand besonders Beifall.

Die Demonstration, eine der größten, die Bremen seit der Revolution sah, hat ihre moralische Wirkung auf die Bevölkerung nicht verfehlt. Die Sipo war selbstverständlich mit Waffen, Lakwagen und Beobachtungsflugzeug alarmiert. Aus einem der „Arbeiterzeitungen“ in die Hände gelangenen Geheimbefehl der Polizeidirektion ging hervor, daß man u. a. 20 Kriminalbeamte zur Beobachtung auf den Versammlungssplatz kommandiert hatte, und daß man gewillt war, jede Ausschreitung mit Waffengewalt zu unterdrücken. Trotzdem die Arbeiter durch die gekerkerten geschändeten brutalen Maßnahmen der Berufsbesitzer gereizt waren, taten sie jedoch der Reaktion nicht den Gefallen, sich provozieren zu lassen.

Hälfte innerhalb drei Monaten nach der Zustellung des Steuerbescheides, der Rest binnen sechs Monaten gezahlt werden.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsstreckung

Eine Aufforderung an die Betriebsräte

Zur Behebung der Arbeitslosigkeit hat der Vorstand des A. D. G. B. die bereits bekannten 10 Punkte aufgestellt, die im wesentlichen auf den Forderungen basieren, die in einer im Dezember u. J. abgehaltenen gemeinsamen Versammlung der Betriebsräte und der Gewerkschaftskommission beschlossen worden sind. Die parlamentarische Behandlung dieser Forderungen fand am 7. Juli ihren Abschluß. Der Reichstag beschloß zunächst eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen um 20 bis 25 Prozent ab 1. August und eine sofortige Sonderbeihilfe, die im Durchschnitt 600 M. betragen soll. Damit wird für den Augenblick das Los der Arbeitslosen erleichtert.

Wiel wichtiger aber als diese augenblickliche geldliche Unterstützung, die durch die steigende Lebensmittelpreissteigerung sofort wieder überholt wurde, ist für die Arbeitslosen die Frage der Arbeitsbeschaffung und die Unterbringung von Arbeitslosen in Betrieben, in denen die Möglichkeit der Arbeitsstreckung vorhanden ist.

Um die praktische Durchsührung dieser Frage zu prüfen, trat am 4. August eine beim Reichsarbeitsministerium zu diesem Zweck eingesetzte Kommission zusammen. Es wurde beschlossen, diese Kommission in Unterkommissionen zu gliedern, die innerhalb ihres Industriezweiges unter sich zusammenzutreten und die Frage der Durchsührung der Arbeitsstreckung in den Betrieben zu prüfen haben.

Wir richten deshalb an die Betriebsräte die Aufforderung, unverzüglich im Interesse ihrer arbeitslosen Mitkämpfer in ihrem Betrieb festzustellen:

1. ob die Räumlichkeiten die Aufnahme Arbeitsloser zulassen oder Schichtwechsel eingeführt werden kann,
2. die Arbeitszeit dann eventuell verlängert werden könnte,
3. ob Ueberstunden gemacht werden.

Die Ergebnisse dieser Feststellungen sind unverzüglich der zuständigen Organisationsleitung mitzuteilen, die das Material sammelt und an die betreffende Kommission weiterleitet. Nur wenn sich die Arbeiterschaft der Notwendigkeit dieser Maßnahmen bewußt ist, können die vom A. D. G. B. aufgestellten 10 Punkte durchgeföhrt werden, die durchaus geeignet sind, die Not der Arbeitslosen zu lindern und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeizuföhren. Wir glauben, daß es nur dieses Appells bedarf, um der Kommission die ihr gestellte Aufgabe zu erleichtern.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.
Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufdruck
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Säumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 14.

Frauen heraus!

Auf zur Gewerbe- und Kaufmannsgerichtswahl

Von Luise Zieh

Die Wahl der Beisitzer aus den Reihen der Arbeitnehmer zum Gewerbegericht der Stadt Berlin ist vom Magistrat auf Sonntag den 21. August, festgesetzt.

Die Wahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht eine Woche später, am 28. August.

Die Wahlen erfolgen auf drei Jahre, erstmalig bis zum 31. 12. 1923. Es sind je 500 Beisitzer zu wählen, sowohl für die Gewerbegerichte wie für die Kaufmannsgerichte. 250 Arbeitgeber und 250 Arbeitnehmer. Sie bilden das Laienlement bei der Rechtsprechung, die Vorsitzenden dagegen, die vom Magistrat auf drei Jahre gewählt werden, müssen zum Richteramt oder zur Bekleidung von höheren Verwaltungsämtern befähigt sein.

Das aktive Wahlrecht zu den Wahlen haben alle männlichen und weiblichen Arbeitnehmer; in gewerblichen Betrieben zu den Gewerbegerichtswahlen und alle kaufmännischen Angestellten beider Geschlechter zu Kaufmannsgerichtswahlen, wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet haben und sofern sie in der Stadtgemeinde Berlin wohnen oder gewerblich oder kaufmännisch beschäftigt sind. Auch die Heimarbeiter und -arbeiterinnen sind wahlberechtigt. Desgleichen die städtischen Angestellten.

Wählerlisten werden nicht aufgestellt. Die Arbeitnehmer haben sich eine Wahlbescheinigung vom Arbeitgeber oder der Polizeibehörde ausstellen zu lassen, daß sie zur Zeit der Wahl innerhalb der örtlichen Wahlstelle wohnen oder beschäftigt sind.

Das passive Wahlrecht, also das Recht als Beisitzer gewählt zu werden, haben nur die männlichen Arbeiter und kaufmännischen Angestellten, die das 30. Lebensjahr vollendet haben.

Eine Bestimmung, die ein bitteres Unrecht gegen die Frauen darstellt, die auch gleichzeitig aufzeigt, daß man mit der Ziffer 2 des Artikels 109 der Verfassung, die grundsätzlich Männern und Frauen dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten zuspricht, tatsächlich das alte Unrecht gegen die Frauen bestehen läßt. So wie sich das Bürgerrecht gegen die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum mit Nageln und Zähnen wehrt, stemmen sie sich auch gegen ihre Zulassung als Beisitzer zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Es schiebt sie auch nicht, daß die Volksbeauftragten den Frauen dieses Recht bereits durch Verordnung zuerkannt haben, daß sie also eine Ungerechtigkeit begehen, wenn es ihnen weiter vorenthalten wird. Regierung und bürgerliche Mehrheit stellen sich taub, als ich jüngst im Reichstag auf diese Tatsache verwies. Die fadenscheinigsten Gründe müssen herhalten, um die Frauen von der Vertretung ihrer Interessen fernzuhalten. Wagt man nicht mehr, ihnen Unfähigkeit zum Richteramt vorzuwerfen, so unterstellt man ihnen Mangel an Objektivität. Und das just in einer Zeit, in der die ungeheuerlichsten Urteile der ordentlichen wie der Ausnahmegerichte das völlige Fehlen der Objektivität gegenüber den Arbeitern, die schlimmste Klassenjustiz erweisen.

Im Kampf der Bürgerlichen gegen die Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenentum noch verständlich aus männlicher Konkurrenzfurcht, so ist ihre Haltung gegenüber den Kaufmanns- und Gewerbegerichten nur verständlich aus allgemeiner Arbeiterfeindschaft, und weil sie den Standpunkt vertreten: Principius obsta! (Wehre den Anfängern.)

Selbstverständlich wird die Reichstagsfraktion der USPD nach Zusammentritt des Reichstages erneut alles dransehen,

um dieses Unrecht gegen die Frauen zu beseitigen. Man vergegenwärtige sich nur, wie groß der Umfang der Frauenarbeit in Handel und Gewerbe ist, wie mannigfaltig die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, über die die weiblichen Arbeiter und Angestellten doch am besten Bescheid wissen, und deshalb als Sachkundige am besten urteilen können. Man frage die Beisitzer, wie oft sie über Streitigkeiten zu entscheiden haben, die zwischen weiblichen Arbeitern und ihren Arbeitgebern entstanden sind, über Lohnhöhe, Entlassungen, Zeugnissen und vieles andere mehr, dann wird das Unrecht um so hinfalliger, daß die, die es in erster Linie angeht, von der Mitentscheidung ausgeschlossen sein sollen.

Waren es doch in erster Linie zwei Gründe, die zur Schaffung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte führten. Es sollten gewerbliche Streitigkeiten schnell, ohne große Formalitäten, billig und sachverständig entschieden werden. Aber die sachverständigen Frauen schließt man aus. Hinzu kommt noch, daß das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen werden kann, und daß ferner ein Ausschuss für Gutachten und Anträge über gewerbliche Fragen gebildet wird, aus 12 Arbeitnehmer- und 12 Arbeitgeberbeisitzer, die aus der Mitte sämtlicher Beisitzer auf 6 Jahre gewählt werden, auch hiervon sind die weiblichen Arbeiter ausgeschlossen. Ein solcher Ausschuss für Gutachten und Anträge über Fragen des kaufmännischen Dienst- und Lehrverhältnisses wird gleichfalls vom Kaufmannsgericht gebildet, aber die weiblichen Angestellten sind von der Beteiligung ausgeschlossen.

Welches Unrecht und welcher Widerfuss liegt darin, sintermalen wiederholt Frauen als Sachverständige vor dem Gewerbegericht gehört wurden, deren Aussagen die Beisitzer zur Grundlage ihres Entscheids in erster Linie mit heranzogen. Als Sachverständige sind sie also anerkannt qualifiziert, als Beisitzer schließt man sie aus.

Dieses bittere Unrecht und die Wichtigkeit, die die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte für die Gesamtheit des Proletariats und für seinen weiblichen Teil im besonderen hat, macht es den Frauen zur besonderen Pflicht, sich an der Wahl selbst und an der Agitation zur Wahl mit Eifer und Energie zu beteiligen. Gestützt auf die Tatsache, daß die Frauen sich in großen Scharen an der Wahl beteiligen, daß sie restlos ihr aktives Wahlrecht ausnutzen, wird uns der Kampf erleichtert, den wir um die Eroberung des passiven Wahlrechts zu führen haben, wird uns der Sieg näher gerückt.

Insondere aber gilt es, bei den bevorstehenden Wahlen denjenigen Listen der Beisitzer zum Siege zu verhelfen, die von den freien Gewerkschaften aufgestellt sind. Es sind die tüchtigsten und erprobtesten Kandidaten, die die freien Gewerkschaften präsentieren. Bei ihrer Wahl ist die Objektivität der Entscheidungen gesichert und damit auch das Interesse der weiblichen Arbeiter und Angestellten. Listen, die von den Bündlern, von nationalen und christlichen Vereinen präsentiert werden, wird jede Klassenbewußte Arbeiterin und Angestellte ebenso energig zurückweisen, wie dies ihre männlichen Kollegen tun.

Diese Organisationen sind Feinde des Befreiungskampfes des Proletariats, sie können für uns keine objektiven Beisitzer stellen.

Deshalb ans Werk, ihr Arbeiterinnen und Angestellten. Nutzt die wenigen Tage bis zu den Wahlen, um eine lebhafte Propaganda für die freigewerkschaftlichen Listen zu treiben, beteiligt euch an der Wahlarbeit und geht restlos selbst zur Wahl!

Der Sieg der freigewerkschaftlichen Listen muß auf der ganzen Linie ein glänzender werden.

Der Beruhigungsminister

Von Dr. Siegfried Kaueran

Das erste Kulturdokument von der Hand des heute immer noch regierenden Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist etwa zwei Jahre alt. Minister Hänisch war auf Reisen, die Reichsverfassung war eben verabschiedet, da erging am 22. August 1919 U III A 704, 1 U II usw. folgender Erlaß über den Religionsunterricht, der im 2. Absatz also lautet: „Die Befreiung vom Religionsunterricht findet zu Beginn des Schulhalbjahres für das Schulhalbjahr statt.“ Der Bund entschiedener Schulreformer fragte damals beim Herrn Minister an, was das für ein merkwürdiger Erlaß sei, den sein Vertreter, der Herr Staatssekretär Beder, habe in die Welt gehen lassen: „Sieht der Herr Vertreter, den den Erlaß unterzeichnete, eine Nichtbeteiligung am Religionsunterricht als eine Erkrankung an, über deren Fortdauer alle halbe Jahre ein Zeugnis zu verlangen ist?“

Das war vor zwei Jahren; des Herrn Staatssekretärs Beder erster Tanz auf dem Eise der hohen Politik endete, wie vorauszusehen; bald darauf verschwand sein Erlaß in dem großen Ministerialpapierkorb für verunglückte Geistesgeburt.

Nun regiert Herr Beder selbständig. Ganz im Geiste jener schulpolitischen Prophylaxis vom August 1919 warnte er vor Einrichtung weltlicher Schulen. Es wäre „eine unnötige Beunruhigung des Schulwesens und eine fortgesetzte empfindliche Störung der unterrichtlichen und erzieherischen Schularbeit“. Wie treu besorgt ist dieser Landesvater um die Ruhe seines Volkes! Ja, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!

Ganz im Sinne dieser Ruhe, dieser beschwörenden Treuerzigkeit, war auch die Juli-Rede im Landtag zum Entwurf des Reichsschulgesetzes. Das Gesetz ist nicht so, wie wir erwartet, das gab er elegisch-weich den Widerstrebenden zu. Aber — und nun erhob er beschwörend die schmeichelnde Stimme: Das deutsche Volk — das wirds schon machen, das wird selbst aus einem schlechten Gesetz etwas Gutes machen. Wir vertrauen auf dieses deutsche Volk.

Eine wunderbare Verteidigung eines schlechten Gesetzes. Mit diesem „Vertrauen“ könnten wir auch ein Sozialistengesetz nach bewährtem Muster einbringen; Herr Beder würde den Geist der Beunruhigung bannen: „Das deutsche Volk wird schon etwas Gutes daraus machen.“

Und wie einschläfernd dieses Reichsschulgesetz ist. Das Proletariat braucht ja nur Vertrauen zu haben. Und dann wird es die schönsten Bekenntnisschulen haben, und dann wird man feststellen, ob die Lehrer, wenn sie nun schon konfessionell sind, obendrein auch geeignet sind, Religionsunterricht zu erteilen. Die bloße Mitgliedschaft zur Konfession genügt nicht. „Der Entwurf überläßt es daher den Ländern, den Begriff der Angehörigkeit zu einem Bekenntnis des näheren zu bestimmen. Daß dies nur nach objektiven Merkmalen geschehen darf, ist selbstverständlich.“ Preußischer Landtag, beunruhige dich nicht, das wäre ganz gegen den sommerlichen Wunsch deines Väterchens. Väterchen wird die objektiven Merkmale schon finden. Im Geiste seines August-Erlasses von 1919 braucht ja nur alle halbe Jahre eine Bescheinigung des Geistlichen oder der geistlichen Behörde jener Konfession vorgelegt zu werden, daß der Lehrer Rückenweid die objektiven Merkmale besitzt. Es ist gar kein Grund zur Beunruhigung vorhanden.

Proletarier, schlaf weiter. Immerhin kann der Bekenntnisschule das Zugeständnis gemacht werden, daß die Lehrbücher im einzelnen der Eigenart des Bekenntnisses angepaßt sein dürfen.“ Und nach der Begründung zu § 13 des Gesetzes soll wieder unnötige Beunruhigung“ vermieden werden und sollen die Bekenntnisschulen, die vorhanden sind — und sie sind fast überall vorhanden — als beantragt und weiterbestehend gelten, auch wenn sie nicht beantragt sind.



Wolfsrauel

Damen-Kleidung

- Bluse aus gestreiftem Waschstoff 19.50
- Kleid aus reinw. Cheviot mit Stückerel 350.-
- Kleid aus reinw. Stoff m. angewebter Bordüre 475.-
- Mantel aus braun. od. graumeliert. Stoff 275.-
- Gummimantel 298.-
- Rock aus schwarz. oder marine Eolien 195.-

Kinder-Kleidung

- Dirndl-Kleid Länge 50-60 cm 28.-
- 65-80 cm 35.-
- 85-100 cm 42.-
- Knaben-Schulanzüge aus haltbar. Stoff, 5-8 J. 98.-
- Knaben-Ulster halbschwer 9-14 J. 138.-
- 3-8 Jahre 98.-
- Knaben-Schulhose aus gemustert. u. marine Stoffen 9-14 J. 24.75
- 9-14 J. 29.75

Kleiderstoffe

- Kostümstoffe graumeliert, Herrenstoff-Geschmack, 140 cm breit 39.-
- Reinwoll. röm. Karos für Röcke und Kleider 105 cm breit 42.50
- Reinwoll. Bordürenstoffe 105 cm br., für Röcke und Kleider. Letzts Neuheit 55.-
- Kammgarn-Cheviot, Reinwoll. gute Qualität marine, 130 cm breit 56.-
- Reinwoll. Ulsterstoffe, in sparten Mustern, engl. Geschmack, 130 cm breit 85.-
- Reinwoll. Tricotstoffe für Blusen u. Kleider in all. mod. Farben, 140 cm 115.-

Wirkwaren

- Kinder-Strümpfe Baumwolle schwarz od. leder. Gr. 1 5.25
- jede weit. Größe 0.65 mehr
- Kinder-Leibhöschen Baumw. gelblich 60 cm lang jede weit. Größe 2.50 mehr 19.-
- Kinder-Sweater Baumwolle, mit Ärmeln Größe 40-55 22.75
- Herren-Socken Baumwolle, mit gesticktem Zwiesel 8.75
- Damen-Strümpfe Seidenflor mit Doppelsohle, schwarz 18.75
- Stern-Wolle vorzügl. Schafwoll-Strickgarn, schwarz 50 Gramm 6.-

Gardinen

- Erbatill-Garnitur mit Bändchenarbeit 2 Flügel u. Kopfbehang 112.-
- Etamin-Garnitur mit breitem Fries, 2 Flügel u. Kopfbehang 143.-
- Etamin-Halbvorhang mit handgestopft. Fries u. handgestopft. breit. Spitze 365.-
- Madrasstoffe dunkelgründig für Uckergardinen in neuen Farben und Mustern 63.-

Läuferstoffe

- Juteläufer 68 cm breit 18.-
- Baumwoll. Läuferstoff boucléartig, Gewebe 68 cm breit 29.50
- 90 cm breit 39.50
- Boucléläufer 68 cm breit 34.-
- Deutsche u. Orient-Teppiche in großer Auswahl zu billigen Preisen

Wohnungs-Einrichtungen

Einzelne Zimmer: Wohn- und Speiseszimmer, Schlafzimmer, Salons und Herrenzimmer, Küchen sowie Einzeilmöbel, Klubsessel und Garnituren mit Leder oder Stoff bezogen zu herabgesetzten Preisen

„um den Beteiligten die Mühe der Antragstellung zu ersparen.“ Wie gültig das Reichsschulgesetz ist. Das ist ganz im Geiste von Vätern Beder.

Mit welcher Treue er alle Erschütterungen seinen Kindern ersparen will! Seine liebsten sind die Philologen. „Das vollwertige humanistische Gymnasium soll unbedingt erhalten bleiben.“ Seine nächstliebsten sind die Historiker. Mit Hilfe von Dietrich Schäfer und Eduard Meyer versucht er — ganz ernsthaft — eine Reform des Geschichtsunterrichts. Spürt der beglückte Untertan nicht wieder den guten Willen, jede Beunruhigung zu vermeiden?

In den Schulen stiftet er Ordnung. Die Beunruhigten müssen hinaus. Die Ruhigen, die Sanften, die Autokraten auf Gummiföhen, die sind gut, die können bleiben. Vätern Beder ist nicht so kleinlich, nach Einzelheiten zu fragen, er geht nach dem Gesamteindruck. Im Fall Burg ist der Gesamteindruck so, daß „beide Seiten gefehlt“ haben, daß „unerfreuliche Kampfmittel“ angewandt sind. Auf eine bescheidene Anfrage, bei welcher Gelegenheit der eine der Beteiligten unerfreuliche Kampfmittel angewandt habe und gefehlt hätte, ergeht die tief sinnige Antwort, es sei unmöglich, die von den beteiligten Einzelpersonen begangenen Handlungen und Unterlassungen objektiv zu werten. Er begnügt sich, festzustellen, daß zwei Parteien einander gegenüber gestanden haben und daß von beiden Seiten nicht so verfahren worden ist, wie es im Interesse der Schule erforderlich gewesen wäre.“ Es bestünde also keine Veranlassung, „nohmals auf die einzelnen Vorkommnisse an der Fürsten-Bismarck-Schule zurückzukommen“.

Sicher war es von dem einen der Beteiligten sehr vorwiegend, nachzuforschen, worin er denn eigentlich gefündigt. Vätern Beder weiß es nämlich auch nicht — und nach Dingen, die der Herr Lehrer nicht weiß, soll man schon in der Schule den Lehrer nicht fragen, geschweige denn in der Schulverwaltung den obersten Verantwortlichen. Vätern Beder weiß es nicht, aber er sucht zu beruhigen. Er sagt, es sei unmöglich, objektiv zu urteilen, aber er tut's oder versucht: „geföhlt“, „unerfreuliche Kampfmittel“, und gibt in subjektiver „Gerechtigkeit“ einfach beiden Teilen recht. Sein Vorgänger stellte fest: „Es ist mir Bedürfnis, Ihnen gegenüber noch ausdrücklich hervorzuheben, daß die Voruntersuchung, bei der auch Ihre gesamte Handlungsweise nach Lage der Dinge einer eingehenden Nachprüfung unterzogen werden mußte, keinen Anlaß dafür ergeben hat, daß Ihnen oder den Ihnen nahestehenden Mitgliedern des Kollegiums ein Vorwurf zu machen ist.“ Das schrieb Minister Hänisch an Studienrat Reintjes. Minister Beder, der in dieser Sache ganz auf eigene Faust, ohne jeglicherlei Hilfe aus dem Ministerium gehandelt zu haben scheint, der wahrscheinlich die Akten von 1000 und mehr Foliosseiten höchstpersönlich durchgearbeitet hat, er ignoriert die eidlichen Zeugnisaussagen seiner Ministerialräte, auf Grund deren Minister Hänisch Herrn Burg schrieb, er habe subjektiv wie objektiv die Unwahrheit gesagt — er ignoriert das alles, läßt Herrn Burg, den wenig beunruhigenden Demokraten, auf seinen Thron, und scheidet in der Praxis die andern in die Welt mit dem Stigma der Verfehlung, der unerfreulichen Kampfmittel, obgleich er es nicht objektiv zu beurteilen vermag. Aber sein subjektives Gefühl ist halt so. Und das ist ja ausschlaggebend. Und so regiert Vätern Beder das preußische Schulwesen treuherrlich, wehmütig, beschwörend und in jeder Weise beruhigend. Schlafe sanft, geliebtes preußisches Volk. Vätern wacht für dich und scheucht dir die Mücken fort.

a) Facharbeiter über 22 Jahre 7,50 M. Durchschnittslohn, b) Facharbeiter über 22 Jahre 7 M. Mindestlohn usw.

In Betrieben, welche obige Forderungen anerkannt haben, darf die Arbeit nur dann fortgesetzt werden, wenn eine Nachprüfung seitens der Streikleitung die Richtigkeit festgestellt hat und die Genehmigung erteilt worden ist.

Etwaige Anträge zur Arbeit sind grundsätzlich an die Streikleitung zu stellen und bedürfen deren Genehmigung.

Alle nichtbewilligten Anträge sowie Arbeiten innerhalb der Betriebe sind als Streikbruch anzusehen.

Lohnforderung der Kollkutscher und Expeditionsarbeiter

In einer überfüllten Versammlung nahmen am Freitag, den 12. August, die Kollkutscher und Expeditionsarbeiter zu dem Tarifvoranschlag Stellung. Fischel gab den Bericht von den Verhandlungen der Tarifkommission. Die Kommission hat folgenden Vorschlag ausgearbeitet: In dem Tarifvertrag werden die Kassen- und Kontorböten aufgenommen, die bisher noch keinem Vertrag unterstanden, ebenso auch die Wächter. Der tarifmäßige Lohn beträgt für Kollkutscher, Chauffeure, Bodenarbeiter und Wächter 450 M., Mitfahrer unter 17 Jahren 180 M., über 17 Jahre 210 M., über 19 Jahre, falls vollwertige Arbeit geleistet wird, 450 M., im andern Falle ist der Lohn im Einvernehmen mit dem Betriebsrat zu regeln, hat jedoch mindestens 70 Prozent des Kollobnes zu betragen. Die Kassenböten erhalten 50 Prozent zu den bisherigen Löhnen, Kontorböten werden wie Wagenbegleiter bezahlt. Ueberstunden sind zu vermeiden; falls sie nicht zu umgehen sind, mit 50 Prozent Zuschlag zu bezahlen. Aushilfen erhalten 10 M. pro Stunde. Bei Sonn- und Feiertagsarbeit tritt ein Zuschlag von 100 Prozent hinzu. Firmen, die ihren Angestellten eine Gratifikation zahlen, sollen diese auch den gewerblichen Arbeitern zuwenden.

Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden bei zweistündiger Mittagspause, Sonnabends hat die Arbeitszeit bis 2 Uhr beendet zu sein. Einige Verbesserungen in sozialer Hinsicht sind aufgenommen. So ist die Krankenunterstützung zu verlängern, die Urlaubsentgeltabgabe sieht auch den Hinterbliebenen zu, falls der Urlaub fällig geworden und der Kollege inzwischen verstorben ist. Es ist auch nach dem Tarifvoranschlag den Betriebsräten ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht gesichert. Der Manteltarif läuft vom 1. September 1921 bis 31. August 1922, der Lohn tarif jedoch nur drei Monate und ist einen Monat vorher zu kündigen.

In der lebhaften Diskussion traten die Redner, unter Hinweis auf die Teuerung, durchweg für die geforderten Löhne und Verbesserungen ein und erklärten sich einstimmig mit dem Tarifentwurf einverstanden. Ein Antrag, auch der Verbandsvereinbarung den Tarifentwurf vorzulegen, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Nach Wahl der Verhandlungskommission richtete Kollege Wiebe nohmals den Appell an die Mitglieder, nun fest zu den aufgestellten Forderungen zu stehen und die Verhandlungen zu einem guten Ende zu bringen.

Betriebsräte und Kaufmannsgerichtswahl

Am 28. August 1921 findet die Wahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht Groß-Berlin statt.

Die Betriebsräte haben die dringende Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die kaufmännischen Angestellten ihres Betriebes an diesem Tage bestimmt ihr Wahlrecht ausüben. Die wirtschaftsfriedlichen (gelben) Angestellten-Organisationen machen die ernstlichsten Anstrengungen, die kaufmännischen Angestellten zur Stimmabgabe für sich einzufangen. Demgegenüber ergibt sich die dringende Verpflichtung für alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellte, für die freigewerkschaftliche Liste zur Kaufmannsgerichtswahl, der

Liste des Zentralverbandes der Angestellten.

lebhafteste Propaganda zu betreiben. Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben an dem Ausgang der Kaufmannsgerichtswahl das lebhafteste Interesse zu nehmen. Kann doch durch eine nicht einwandfreie, Arbeiterinteressen dienende, Besetzung des Kaufmannsgerichtes eine Sprachpraxis herbeigeföhrt werden, die auf das Gewerbegericht rückwirkt. Derartige Geschehnisse gilt es zu begegnen, und deshalb müssen alle Betriebsräte dafür sorgen, daß am 28. August 1921 die kaufmännischen Angestellten von ihrem Wahlrecht, das zugleich Wahlpflicht bedeutet, Gebrauch machen. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenliste hat bis zum 28. August 1921 die notwendige Propagandaarbeit zu leisten, daß an diesem Tage die freigewerkschaftlichen Angestelltenliste mit überwältigender Mehrheit siegreich aus dem Wahlkampf hervorgeht.

Die Forderung an denkende Angestellte lautet: „Wählt die Liste des Zentralverbandes der Angestellten.“

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Internationaler Schuhmacher- und Lederarbeiter-Kongreß

In Wien hat dieser Tage der internationale Kongreß der Schuhmacher und Lederarbeiter stattgefunden, dessen hauptsächlichster Zweck die Verschmelzung der drei bestehenden internationalen Vereinigungen — Internationale Schuhmacher- und Lederarbeiter-Union, Internationale Lederarbeiter-Union, Internationale Vereinigung der Sattler und verwandter Berufsgenossenschaften — war. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. An dem Kongreß nahmen insgesamt 69 Delegierte aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn teil.

Das Hauptreferat hielt Genosse Simon (München). Er sprach zuerst über Weltwirtschaft und Weltkrise und betonte, daß nur durch die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in sozialistische Bedarfsbedingtwirtschaft der Wiederaufbau der Weltwirtschaft herbeigeföhrt werden könne. In seinem zweiten Re-

ferat behandelte Simon die Gewerkschaftsinternationale. Nachstehend, sich für das Verbleiben in der Amsterdamer Internationale ausprechende Beschluß fand mit allen gegen keine Stimmen Annahme:

„Der Kongreß erklärt seine Solidarität und Sympathie den Arbeitern aller Länder, auch mit den Arbeitern Rußlands. Er verweist darauf, daß das Prinzip der Einheit die unerlässliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken der Gewerkschaften und der internationalen Verbindung ist, und erklärt deshalb, daß er auf dem Boden der Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam steht. Jede Zersplitterung der Gewerkschaften schwächt deren Aktionstrast und macht sie unfähig, den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse internationaler und internationaler Hinsicht zu führen. Entsprechend dem Beschluß des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes können die der Internationalen Union der Schuhmacher und Lederarbeiter angeschlossenen Landesorganisationen nur einer Internationale angehören. Die Arbeit der Dritten Internationale hat durch Völl, Schlaubert, illegale Methoden, Verharmlosungen und Verheimlichung der Wahrheit nur dazu geführt, die Zersplitterung der Arbeiterklasse in allen Ländern zu vergrößern, daher beschließt der Kongreß, der Internationale in Amsterdam angeschlossenen zu bleiben.“

Die neue Internationale der Lederarbeiter föhrt die Bezeichnung: „Internationale Union der Lederindustriearbeiter“. Als Sekretär wurde einstimmig Genosse Simon gewählt.

Der Magistrat Berlin hat über die Auslegung des § 5 des Tarifvertrages für die nichtständigen Angestellten (Abhefegeld) eine Rundverfügung an sämtliche zentralen Deputationen erlassen. Hiernach sind unter „Monatsvergütung“ im Sinne des Tarifvertrages für die nichtständigen Angestellten die Grundvergütungen, einschließlich Vergütung — und etwaiger Kinderbeihilfen zu verstehen, nicht aber sonstige Bezüge, wie Funktionszulagen, Aufwandsentschädigungen und dergl. Das Abhefegeld wird nicht gewährt, wenn die Einstellung von vornherein nur vorübergehend auf eine festbestimmte Zeit oder für die Dauer einer bestimmten Arbeit erfolgt ist. In jedem Falle ist nach dem endgültigen Abschluß aus dem städtischen Dienst das Abhefegeld nur einmal zu zahlen.

Verband der Fabrikarbeiter. Die Obliste resp. Funktionsliste der Betriebe werden dringend ersucht, die Wahllegitimationen bis zum 21. August stattdeswegen Gewerbegerichtsamt vom Verbandsbureau abzuholen und für rege Wahlbeteiligung zu sorgen. Ebenso sind die Sammelstellen für die Kandidaten abzuholen. Helft den russischen Brüdern! Die Ortsverwaltung.

Zimmerer! Nachdem der allgemeine Streik der Zimmerer Groß-Berlins beendet und das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation wieder hergestellt und ausdrücklich vereinbart worden ist, daß Maßregelungen nicht stattfinden, weigern sich dennoch einzelne Fabrikbetriebe, unsere dort beschäftigten Mitglieder wieder einzustellen. Aus diesem Grunde ist über alle angeführten Betriebe die Sperre weiter aufgehängt. Nähere Bekanntmachung der einzelnen Betriebe erfolgt umgehend. Der Vorstand.

Kupferhämmer. Alle auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehenden Kollegen werden ersucht, zu dem am Montag, den 15. August, abends 7 Uhr, stattfindenden Beisprechung im Lokal von Schäfer, Gartenstraße 101, zu erscheinen.

Rolle und Arbeitsloskassier! In dem Kontobuchbetriebe der Firma Ferd. Aschelm, Wildenowstr. 16, befindet sich die Kollkutscher-Transportarbeiter im Streik. Es wird nun versucht, Kollkutscherfahrten durch andere Fuhrwerke verrichten zu lassen. Ersuchen die Kollegen Kollkutscher, jede Streikarbeit für die Firma abzulehnen und Solidarität zu üben. Deutscher Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin.

Gewerbegerichtsamt. Wir weisen nohmals darauf hin, daß die Wahlbescheinigungen für Arbeitnehmer zum Gewerbegericht der Stadt Berlin bei einer dem Sta-Bunde angeschlossenen Deputation in Empfang zu nehmen sind. Sollte eine größere Anzahl von Exemplaren benötigt werden, so würde ein vorheriger telephonischer Anruf bei der betr. Organisation notwendig sein.

Gewerbegerichtsamt, IX. Bezirk. Wahllegitimationen sind im Bezirkswahllokal von Fritz Piper, Gasteinerstr. 6, zu haben. Die Mitglieder der Gewerkschaftsunterkommission, sowie alle Helfer treffen sich dort am Donnerstag, den 18. August, abends 7 Uhr, zur Einstellung der Wahlposten. Gewerkschaftsmitglieder verjümt nicht, auch an der Wahlhilfe zu beteiligen.

Geperrete Lokale. Nachstehende Lokale sind für organisierte gewerkschaftliche Angestellte gesperrt: Wackermannshöhe, 3. Hof, Krenner, Potsdam, Leipziger Straße; Schweizerhaus, Inh. Holz, Redlig; Gasthaus am Bade, Inh. Splitt, Bornim, Potsdamer Str. 56. Inhaber dieser Lokale lehnen es ab, mit dem Zentralverband gewerkschaftlicher Angestellten einen Tarif abzuschließen. Der Achtstundentag ist diesen Herren unbekannt. Löhne werden gezahlt, die mit den jetzigen Verhältnissen in keinem Einklang stehen. Die dort beschäftigten Kollegen gehören der Organisation nicht an. Wir ersuchen alle organisierten Arbeiter des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten Ortsgruppe Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Str. 38.

Gewerkschaftliches

Der Streik der Berliner Holzarbeiter

Wie wir in der gestrigen Morgenausgabe kurz mitteilten, hat die am Freitag abend stattgefundene Versammlung der Funktionäre des Holzarbeiterverbandes mit 1246 gegen 168 Stimmen den sofortigen Streik beschlossen. Damit ist ein Kampf entbrannt, der für die kommenden Bewegungen der Arbeiter und Angestellten entscheidend sein wird. Nach allen bisherigen Erfahrungen ist anzunehmen, daß die Schatzmacher der Holzindustrie kein Mittel unversucht lassen werden, die Arbeiter niederzuzwingen. Aber auch die Holzarbeiter sind in schweren Kämpfen geföhrt und haben schon manch bösen Strauß mit den Unternehmern ihres Gewerbes siegreich beendet.

Das Angebot der Unternehmer, 75 Pf. Stundenlohnsteigerung unter Nichtanerkennung des Reichsmanteltarifs, fand in der Versammlung einmütige Ablehnung. Folgende Resolution der Ortsverwaltung wurde mit der oben angegebenen Stimmenzahl angenommen:

Der Streik erstreckt sich auf sämtliche Betriebe der Berliner Holzindustrie, soweit von den Inhabern der Firmen nicht folgende Forderungen restlos anerkannt sind:

1. Unentschiedene Anerkennung des mit der Reichsberufsgeschäftsgruppe — Möbelindustrie und Tischergewerbe — abgeschlossenen Reichsmantelvertrages.
2. Schriftliche Anerkennung der Lohnforderung von 1 M. Lohnzulage auf alle bestehenden Löhne für sämtliche Arbeitnehmer.
3. Schriftliche Anerkennung folgender Tariflöhne:

ärztlich empfohlen gegen:

Jogal | **Gicht, Rheuma, Ischias,** | **Serenidung, Nerven- und Kopfschmerzen.**

Jogal stillt prompt die Schmerzen, schelbet die Gichtsäure aus und geht direkt zur Wurzel des Übels. Keine schädlichen Nebenwirkungen! In allen Apotheken erhältlich!

Billigste Kinderschuhe für den Fußbojen

Kinder-Spangenschuhe grün Segeltuch, mit Lederkappe u. stark. Ledersohle u. Fleckbest. GröÙe 31-35 18.50, GröÙe 35-39	Kinder-Halbschuhe weiÙe Leinen, zum Schnüren und mit Spang. Hervorragend billig. GröÙe 31-35 66.50, 37-39 58.50, 41-45	Kinder-Halbschuhe x. Schnür, Chromleder u. R.-Chevr. mit z. ohne Lack, eleg. Strassenschuh. GröÙe 31-35 88.00, GröÙe 37-39	Kinder-Schnürstiefel braun Naturleder, kräftige Schnürstiefel, solide Ausführung. GröÙe 31-35 108.00, GröÙe 37-39
Kinder-Turnschuhe grün Segeltuch, mit starker Ledersohle. Extra billig. GröÙe 31-35 20.50, GröÙe 35-39	Kinder-Schnürstiefel weiÙe Leinen, mit starken Ledersohlen, bequeme Form. Extra billig. GröÙe 31-35 72.50, GröÙe 37-39 64.50, GröÙe 35-39 54.50, GröÙe 39-43	Kinder-Schnürstiefel Rindbox, gem. Rindleder, vorst. Strappaler-Stiefel. Extra billig. GröÙe 31-35 88.00, GröÙe 37-39	Kinder-Schnürstiefel braun Rindbox, starke Unterböden, Auszugswahl billig. GröÙe 31-35 138.00, GröÙe 37-39
Kinder-Sandalen schwarz u. braun gemachte Rindleder. Extra billig. GröÙe 31-35 62.40, 37-39 52.50, 39-43	Kinder-Spangenschuhe Rindbox u. Chromid. Preiswert. GröÙe 31-35 78.00, GröÙe 37-39	Kinder-Schnürstiefel braun Ziegenleder u. Rosa-Chevr. mit starken Ledersohlen. Extra billig. GröÙe 31-35 88.00, GröÙe 37-39	Kinder-Schnürstiefel braun Rindbox, solide Verarbeitung, starke Ledersohlen. GröÙe 31-35 138.00, GröÙe 37-39
Kinder-Sandalen braun glatt Rindleder, mit biogener Ledersohle. Ia Qualität. GröÙe 31-35 68.75, 37-39 57.50, 39-43	Kinder-Schnürstiefel Box, kräftige Ledersohlen, breite bequeme Form, gute Qualität. GröÙe 31-35 78.00, GröÙe 37-39	Kinder-Schnürstiefel Box- und Sportkalf, in solider Ausführung, mit starken Ledersohlen. GröÙe 31-35 98.00, GröÙe 37-39	Knaben-Schnürstiefel Rindbox und R.-Chevr. starker Strappalerstiefel, Extra billig. GröÙe 36-40

Stinlein

Ein Besuch bei den Obdachlosen

Das Asyl in der Fröbelstraße

Deklassierte

H. E. K. Auf dem Kurfürstendamm gibt es ein Geschäft, das nur Hunde ausstatten führt. Dort können die Leute, die es sich leisten können, Dinge kaufen, die in das Milieu ihrer vielzimmerigen Wohnungen passen. Man bekommt dort schöne Pelzen und elegante Halsbänder und was sonst noch alles ein luxuriöser Pflanzhund (mit Stammbaum natürlich!) brauchen kann.

Am reichsten ist die Auswahl in Hundebetten. Es gibt sie in allen Formen und Größen, für jede Hundesorte passend, mit allen denkbaren Decken und Kissen, und man kann auch ganze Hundehäuser kaufen.

So gut haben es die Menschen nicht, die sich am Abend draußen im Nordosten in der Fröbelstraße einfinden. Sie haben nicht einmal eine eigene Schlafstelle; dieses kahle Massenquartier, das ihnen die Stadt Berlin gewährt, ist ihre ganze Heimat. Dort hin kommen sie Abend für Abend, zerlumpt und schmutzig, voll trostloser Erschöpfung.

Ich will nichts beschönigen; ferne liegt es mir, diese Elenden mit einer taktlosen Sentimentalität zu umhüllen. Ja, es ist — hört es, ihr Satten! — meist Lumpenproletariat, Entgleiste vom Schicksal der Arbeit sind es, keine Klassenbewußten Arbeiter, sondern Deklassierte, Verkommenen, Arbeitslose und auch rechtliche Gefindel gibt es darunter. Bettler sind dabei, Gauner, Zuhälter und Verbrecher, und ihre Zahl ist vielleicht größer als die Zahl der vorübergehenden Arbeiter. Die meisten sind Stammgäste, die seit Monaten täglich wiederkommen, jeden Winkel im Gebäude kennen, und die ganzen Tag nichts weiter tun als auf den Abend warten.

Aber, ihr Satten, die ihr euch entrückt über diese „Lumpen“ — bedenkt, daß es eure Opfer sind! Die Opfer eurer Gesellschaft, in deren System es liegt, daß immer Menschen unter die Räder kommen. Die Opfer eurer Erziehung, eures Arbeitsmarktes und nicht zuletzt eures Krieges!

Es ist nicht leicht, wieder hochzukommen, wenn man einmal zur Arbeitslosigkeit verdammt ist. Die kleinen Ersparnisse sind bald aufgebraucht, die Kleidung wird Stück um Stück verkauft, die Wohnung kann nicht mehr bezahlt werden. Dann winkt der Alkohol, der Vergessen bringt, und die Untätigkeit wird zur Gewohnheit. Das Asyl ist die letzte Station auf diesem Wege.

Im Asyl

Jeden Nachmittag um vier Uhr öffnet das Asyl seine Pforten und schließt bis elf den langsamen Zug seiner Gäste. Sie kommen einzeln und in Gruppen, schlendern dabei, trübe und mit dem neuen Ausdruckslosigkeit auf ein gleich-gleichgültiges Morgen. Sie werden ausgespiert von den Höfen der Mietkassernen, auf denen sie gebettelt, sie kommen von den Strahnen, an denen sie herumgelaugert haben, aus den kleinen Kneipen, wo es Schnaps und Brot und Zigaretten gibt.

Ihre Zahl ist zu groß, als daß sie jeden Tag kontrolliert werden könnten, und man muß sich damit begnügen, am Morgen Stichproben zu machen. In Gegenwart von zwei Kriminalbeamten, die dabei manches Urbild eines Steuerverweigerers finden, müssen sie ihre Personalien angeben und eine Erklärung unterschreiben, sich in zehn Tagen Obdach zu suchen.

Kan geht heute nicht mehr so rigoros wie früher vor, aber es muß doch gesagt werden, daß diese Erklärung ein dummer und standesloser Zwang ist. Im Wiederholungsfalle gibt es eine Verwarnung, schließlich Haftstrafen und am Ende das Arbeitshaus. Das ist schon in normalen Zeiten eine unwürdige Sache der kapitalistischen Gesellschaft an ihren Opfern, jetzt ist es schreiende Ungerechtigkeiten. Ein blinder Zufall regiert bei der Unregelmäßigkeit der Kontrolle, und die Betroffenen sind dann angewiesen auf das Mitleid und Wohlwollen der Beamten.

Wie kleiner als die Zahl der männlichen ist die der weiblichen Asylanten, bei denen darum auch eine genaue Aufnahme stattfindet. Es sind fast immer dieselben fleißig bis achtzig Frauen, die sich einfinden. Die Beamten kennen sie bereits und tragen Namen und Beruf ein, ohne viel zu fragen.

Ich habe ein paar Blätter der Karthoffel umgewandelt. Es sind alle Altersklassen und alle Berufe vertreten. Aber die meisten sind Arbeiter, Proletariat von lässlicher Herkunft.

Der Geschäftsgang

Die Eintretenden gelangen zuerst in einen großen Raum, das sogenannte Versammlungszimmer. Sobald sich eine größere Zahl eingefunden hat, wird eine Tür nach dem Korridor geöffnet, und die Menschenmenge schiebt sich in einen Raum zur Deckenausgabe. Jeder erhält eine Decke, wenigstens tragen die elenden Lappen aus Sackseidwand diese Bezeichnung. Sie werden täglich desinfiziert, und bestenfalls sind sie dünn und durchsichtig. Die meisten sind zerfetzt, und obgleich ständig einige ausgerangert werden, müssen manchmal wahre Feten zur Verteilung kommen.

Das Asyl enthält vierzig Säle, jeden zu vierundsechzig Betten, die dicht beieinander an den Wänden stehen. Fenster sind nicht vorhanden; das Licht kommt durch die gläserne Decke. Nicht einmal einen Kasten zur Bewahrung der Sachen haben alle Betten, und die häufigen Diebstähle werden dadurch sehr erleichtert.

Am schlimmsten jedoch ist die Mangelplage. Sie leben zu Hunderten auf jeder Britze, und die zeitweiligen Desinfektionen sind nicht imstande, sie auszurotten. Ich hörte Klagen über alles mögliche: über die Suppe, das Brot, die Decken, die Aufseher; jeder hat etwas anderes. Aber über die Mangel waren sich alle einig. Sie sind das Schrecklichste.

Um 7 Uhr abends gibt es eine Suppe, um 8 Uhr früh wieder eine Suppe und die tägliche Brotration, und man muß sich vorstellen, daß das für viele die ganze Nahrung ist. Sie wird in den Sälen ausgegeben, nachdem schon vorher Eßschüsseln empfangen sind, jeder bekommt eine Kelle voll, und die Verteilung der Reste gibt häufig Anlaß zu erbitterten Prügeln.

Seit im Sommer ist der Andrang nicht einmal so sehr groß. Es sind ungefähr tausend bis zwölftausend Männer, die zurzeit hier nächtigen, während im Winter ihre Zahl auf das Vier- bis Fünffache steigt.

Das Dirnenlazarett

Der Eingang zum Asyl führt über den Hof. Born an der Straße steht ein großes Gebäude, dessen Inhalt den Anlaß zu häufigen Konflikten gibt. Denn dort sind die geschlechtlich-

ranken Dirnen untergebracht, die der Polizei in die Hände gefallen sind. Die meisten von ihnen erwartet von hier das Gefängnis, weil sie sich der Kontrollierung entzogen haben, und dieser Umstand ist auch nicht dazu angetan, ihre Stimmung zu heben.

Drei- bis vierhundert Frauen sind in diese Lazarettkaserne gesperrt, und all ihren Haß, ihre Wut und ihre Gemeinheit spielen sie auf die Straße. Sie stehen halbnaht an den Fenstern, und ihre schmutzige Schamlosigkeit ist die härteste Vorlage der Männer, die sie hierher gebracht haben, und der Zeit, die diese Verhältnisse in sich trägt.

Ströme von Unfähigkeiten prasseln auf die vorüberkommenden Asylanten nieder. Sie haben meist längst verlernt, zu erröten, sie antworten in ähnlichen Tönen, und mancher Zuhälter benutzt die Gelegenheit, in Verbindung mit seiner „Kasse“ zu kommen. Die Polizei ist dagegen oft recht ungeschickt eingeschritten, und wiederholt ist es zu blutigen Schlägereien gekommen.

Man braucht nicht lange nach Recht und Unrecht zu suchen. Der eigentliche Grund liegt in diesem unmöglichen Beieinander, das zu Unzuträglichkeiten führen muß. Erfreulicherweise hat auch der Magistrat beschlossen, hierin Wandel zu schaffen, indem die Mädchen anderswohin gebracht werden.

Weniger abgeschlossen sind die Prostituierten, die sich freiwillig als geschlechtskrank gemeldet haben. Sie befinden sich in demselben Gebäude auf einem besonderen Korridor, aber es liegt auf der Hand, daß ihre Zahl nur gering ist.

Das Familienasyl

Nach diesen dunkeln Bildern ist es angenehm, auch einmal etwas Erfrischendes konstatieren zu können. Das darf man tun, wenn man von dem Familienasyl spricht, das gleichfalls hier untergebracht ist. Die Räume sind sauber und gut gehalten und die Betten in einem ordentlichen Zustand. Von nächster Woche ab wird die Bewöstigung durch die Quäler erfolgen. Es muß allerdings auch gesagt werden, daß diese Inzassen menschlich auf einem höheren Niveau stehen als die anderen Obdachlosen. Sie haben nämlich den ehrlichen Wunsch, Arbeit und eine Wohnung zu finden, leider weiß man, wie schwer das heute ist.

Für die Kinder hat eine hauptamtlich angestellte Lehrerin zu sorgen. Man hat ein Schulzimmer eingerichtet, wo sie bis zur endgültigen Einschulung unterrichtet werden. Leider ist der Platzmangel so groß, daß nicht alles Wünschenswerte unterommen werden kann. Es ist darum auch nicht möglich, die Familien gemeinsam unterzubringen, und die Kraben dürfen nur bis zum sechsten Lebensjahr bei den Frauen bleiben. Man hofft, sobald das Dirnenlazarett fort ist, diese notwendige Einrichtung treffen zu können, aber man sollte sofort, die Kinder mindestens bis zum zehnten Jahre bei der Mutter lassen, und ich glaube wohl, daß sich das mit einigem guten Willen machen ließe.

Zum Familienasyl, das übrigens gegenwärtig nicht sehr stark besetzt ist, gehört auch eine Station für schwangere Mädchen, die unter Aufsicht einer Hebammen steht. Eigentlich ist diese Einrichtung wie das ganze Familienasyl nur für Personen bestimmt, die in Berlin ihren Wohnsitz haben, doch ist die Anstaltsleitung einsichtig genug, nicht allzu streng bei der Prüfung zu verfahren.

Die Männer sind in Baracken untergebracht, die auf der anderen Seite der Straße liegen. Hier ist auch ein Lazarett, in das die leichtkranken Asylanten kommen. Neben Krätze und Fußkrankheiten leiden die meisten an Unterernährung, und auch die Tuberkulose ist eine häufige Erscheinung.

Eine angenehme Ruhe und lebenswürdige Rücksichtnahme aufeinander geben dem Familienasyl wenigstens den leisen Duft eines Heims. Ich mag nicht glauben, daß es unmöglich ist, auch in dem nächsten Obdach etwas Ähnliches zu erzielen. Sicher gibt es auch dort unter der Kruste der Verklumpung noch Keime wertvollen Menschentums. Bäder und Luftbathräume und teilnehmende Fürsorge könnten gewiß auch hier, unter den Entwürden der Gesellschaft, noch Hoffnung und Tätigkeit hineinbringen.

Zur Schließung der Berliner Spielplätze

Eine Rechtsferdigungsschrift des Magistrats.

Zur Schließung der Außenspielfläche ist zu bemerken, daß eine genaue Vorausberechnung der erforderlichen Geldmittel wegen der großen Schwankungen der Besucherzahlen niemals möglich gewesen ist. Seit Ausbruch des Krieges bewegen sich diese Zahlen z. B. bei den Ferienpielen an 30 Spieltagen zwischen 165 600, dem Gesamtbuch in den Ferien 1917, und 700 000, der Gesamtzahl im Sommer 1920. Die Unterschiede haben ihren Grund darin, daß den Kindern der Besuch jederzeit freisteht. Die Besuche werden zudem durch Witterungsverhältnisse beeinflusst. In den letzten Jahren waren von erheblicher Bedeutung die Verschickung der Kinder zum Landaufenthalt und mancherlei Faktoren wirtschaftlicher Art. Als im Sommer 1917 ungefähr 78 000 Kinder in die ländlichen Bezirke verschickt werden konnten, war der Besuch ausfälliger gering, während die Zahl der Besucher im vorigen Jahre, als sich der Landverschickung und dem privaten Besuch von Sommerfrischen große Hindernisse entgegenstellten, in einem Maße wuchs, daß die Spielplätze den Zustrom kaum zu fassen vermochten.

Die Höhe der Ausgaben wurde für 1921 durch die ungewöhnlichen Feuerungsverhältnisse und durch das Hintertreten der 13 neuen Berliner Stadtbezirke bestimmt. Die Ausgaben für Kind und Tag sind von 2,80 M. beim Erholungsanstalt schwächlicher Kinder bzw. von 2,70 M. bei den Ferienpielen in diesem Sommer, soweit bisher festgestellt worden ist, auf mehr als 5 M. gestiegen, ohne daß eine wesentliche Veränderung in der Versorgung vorgenommen worden wäre. Die Ursachen dieser Erhöhung sind darin zu suchen, daß sich z. B. die Beförderung der Kinder erheblich teurer stellt. Höhere Preise als 1920 sind diesmal auch beim Anschaffungsamt für Nahrungsmittel gezahlt worden. Die Innehaltung der Tarifbestimmung erfordert entsprechend höhere Aufwendung für Löhne an Kochfrauen und Wächter, ebenso wie die den Spielleitern und -leiterinnen vom Magistrat zugebilligten erhöhten Tagesgehälter. Außerordentlich verteuert waren die für die Einstellung des Betriebes auf Groß-Berlin erforderlichen Wirtschafts- und Spielgeräte und die Fuhrlöse.

Was demnach diesmal den vorzeitigen Schluß der Spielplätze erzwingt, war nicht verschwenkliches Ausgeben der künftigen Mittel, sondern die durch die allgemeine, stets gleiche Unberechenbarkeit der Veranstaltung, die außergewöhnliche Feuerung und die Einstellung auf Groß-Berlin gecharakterisierten unübersichtlichen Lage,

die zu einer Verkürzung und verzögerten Fertigstellung des Haushaltsplanes führte.

Auch diese Mitteilungen sind nicht geeignet, die Annahme zu widerlegen, daß bei geeigneter Kontrolle und rechtzeitigem Eingreifen Maßnahmen hätten getroffen werden können, um einen vorzeitigen Schluß der Spiele zu verhindern.

Wassenschließung von 69 Millionen Mark

Wegen Verbrechen gegen das Gesetz betr. die Entwaffnung der Bevölkerung hatten sich der Kaufmann und Hauptmann a. D. Alex Kral, der Kaufmann Herbert Kränkel, der Kaufmann Karl Puls und der Kaufmann Heinrich Zboralski vor der 6. Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu verantworten. — Vor einiger Zeit machte ein gewisser Koch einer Hamburger Firma die Offerte, mehrere hunderttausend Gewehre nebst Zubehör zum Preise von 69 Millionen Mark zu liefern. Die Angeklagten Kränkel und Puls, welche hieroon Kenntnis erhalten hatten, setzten sich mit dem ebenfalls beteiligten Angeklagten Kral, einem tschechoslowakischen Staatsangehörigen und früheren österreichischen Hauptmann, in Verbindung. Dieser behauptete, die Waffen sollten mit Billigung hoher Regierungsstellen an das Ausland verkauft werden. In der Folgezeit wurde nun mit einer großen Firma in Paraguay ein Vertrag über die Lieferung der Gewehre nebst Dreßstahl, Laufhörern u. a. geschlossen. Ferner sollte auch bei der Disconto-Gesellschaft ein Kredit von 68 1/2 Millionen Mark gestellt werden. Schließlich kam aber die Wasserversorgungsstelle hinter das Geschäft, welches sich jetzt plötzlich als ein angebliches „Luftgeschäft“ herausstellte. Die Angeklagten Kränkel und Puls, welche einen Verdienst von zusammen 30 Millionen Mark herausgerechnet hatten, hatten im Vertrauen auf die Richtigkeit der Angaben des Kral bereits über 80 000 Mark Spesen in das Geschäft hineingesteckt. In der gestrigen Verhandlung beantragte Rechtsanwalt Bahn die Freisprechung der Angeklagten Kränkel und Puls, da sie schwer getäuscht und geschädigt worden seien. Außerdem finde § 59 StGB. Anwendung, weil die Angeklagten angenommen hätten, daß Regierungsstellen den Verkauf billigten, also das Tatbestandsmerkmal des § 13 des Entwaffnungsgesetzes, Verkäufe „ohne Genehmigung des Reichskommissars“, ausseide. Das Gericht sprach Kränkel und Puls aus diesem Grunde frei. Bezüglich des Kral wurde die Verhandlung abgetrennt, da der Sachverhalt sich nicht zur Freisprechung eigne, ebenso wurde die Verhandlung gegen Zboralski, der nicht erschienen war, verlegt.

Revision der Geschäftsführung der Unterstützungskommission

Der Volkstagrat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin und die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft haben in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen, der Generalversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte folgenden Antrag zu unterbreiten:

1. Die Gelder der Unterstützungskommission müssen auf das alte Konto zurückgeführt werden.
2. Die Treuhänder für dieses Geld werden sofort gewählt.
3. Die Unterstützungskommission und der Volkstagrat werden beauftragt, a) eine Nachprüfung der gesamten Gelder der Unterstützungskommission, b) eine Nachprüfung der gesamten Kassenführung des ehemaligen Volkstagrats, c) eine Nachprüfung sämtlicher freiwilligen Sammlungen, die von dem ehemaligen Volkstagrat getätigt worden sind, vorzunehmen.

Parteiübilar. Auf eine 25jährige Parteizugehörigkeit blüht unter Genosse Paul Michel, Comeniusplatz 2, zurück. Mögen ihm noch recht viele Jahre vergönnt sein, wie bisher in unserem Sinne weiter zu arbeiten.

Gefälschte Einkommensteuermarken werden, wie die Kriminalpolizei festgestellt hat, immer noch in verschiedenen Betrieben, großen und kleinen, verwendet. Bei der Aufdeckung der Fälschungen vor einigen Monaten, über die wir seinerzeit berichteten, ergaben die Ermittlungen der Dienststelle B 1,4, daß Inhaber kleiner Betriebe und Angestellte von Großbetrieben falsche Marken in großer Menge erworben hatten. Es wurde damals öffentlich gewarnt, die falschen Steuermarken weiter zu kleben. Trotzdem aber werden sie, wie inzwischen viele Revisionen festgestellt haben, immer noch weiter verwendet. Diese Nichtachtung der öffentlichen Warnung wird für die Beteiligten ein unangenehmes Nachspiel haben. Die als falsch erkannten Marken werden vernichtet und müssen durch echte ersetzt werden, und gegen alle, die sie verwendet haben, wird jetzt außerdem noch ein Strafverfahren eingeleitet. Erst vor wenigen Tagen wurde bei einer hiesigen großen Genossenschaft festgestellt, daß sie gefälschte Steuermarken in großer Menge geteilt hat.

Au dem Raubmordversuch des Wächters Sünder auf dem Holzplatz in der Landwehrstraße ist der seinerzeit von uns genannte Pörliner Peil vollständig ungeschädigt. Der unberechnete Verdacht beruhte lediglich auf einem Mißgriff der Polizei.

Der „Gemischte Chor Groß-Berlin“, Chorleiter Scherchen, veranstaltet am Sonntag, den 21. d. Mis., nachm. 3 Uhr, auf der Spielwiese im Friedrichshain ein öffentliches Gesangskonzert zugunsten der Hungernden Rußlands. Der Ertrag einer Sammlung ist für das hungernde Proletariat Rußlands bestimmt. Es wäre zu begrüßen, wenn auch andere Arbeiter-Sängervereine durch derartige Veranstaltungen dem hungernden russischen Proletariat helfen würden.

Das nächste künftige Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Montag, den 15. August 1921, in der Philharmonie, Bernburger Straße 22-23, statt. Beginn des Konzertes 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt bei A. Berthel, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, im Zigarrengeschäft von Horsch und in dem betreffenden Konzertsaal. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 Mark, Kasseneröffnung 7 Uhr.

Der Magistrat gibt eine Verordnung über Zwieback und Einbad bekannt. Danach dürfen vom 15. August 1921 ab Zwieback und Einbad, die aus dem zur planmäßigen Versorgung der Bevölkerung bestimmten Mehl hergestellt sind, nur nach Gewicht und gegen Brotartenabschnitte abgegeben werden. Der Brotartenerzeuger hat für je 40 Gramm Zwieback oder je 50 Gramm Einbad Brotartenabschnitte über je 50 Gramm zu fordern. Der Verkaufspreis darf im Kleinverkauf nicht übersteigen bei Zwieback je Pfund 5,40 Mark und bei Einbad je Pfund 4,40 Mark.

In der Woche vom 15. bis 21. August 1921 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Stichwort Berliner Sparkassen tragen.

Die gute **MASSARY** Zigarette KON LINON

In aller Munde!

